

Schriftenreihe
der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Band 12

Nachhaltiges Wachstum, Regionalwirtschaft und ländliche Entwicklung

Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses II für Kultur,
lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung
des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens



Impressum

Herausgeber: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Stephan THOMAS, Greffier

Platz des Parlaments 1

B-4700 EUPEN

Tel. +32 (0)87 31 84 00

www.pdg.be

ISBN 978-3-948311-01-8

D/2019/13.679/4

© Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 2019

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Kliemo, Eupen

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort	5
II. Vortragsveranstaltungen	7
Kapitalismus im Wachstumsdilemma – welche Auswirkungen auf Beschäftigung und Nachhaltigkeit?	9
Mehr Wachstum ist möglich!	13
III. Anhörungen	17
Wachstum und Beschäftigung – ein Blick auf Ostbelgien	19
Stärkung der lokalen Wirtschaft dank Lokalwährungen	29
Umsetzung der Politik der ländlichen Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	35
IV. Studienfahrt	39
Regionale Wirtschaftskreisläufe, Kreislaufwirtschaft und Lokalwährungen in Luxemburg	41
1. Beckerich – Vorstellung der Projekte im Wirtschafts-, Energie- und Sozialbereich und Austausch zur politischen Umsetzung	41
2. Wiltz – Kreislaufwirtschaft, Klimapakt	45
V. Masterarbeit	51
Nachhaltige ländliche Entwicklung in Ostbelgien	53
1. Ländlicher Raum und ländliche Entwicklung.....	53
2. Zusammenfassung der Analyseergebnisse und Schlussfolgerungen	59
3. Fazit und Ausblick	64
VI. Fazit	57
Zusammensetzung des Ausschusses II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung	73



I. Vorwort

*Marcel Strougmayr
Vorsitzender des Ausschusses II*

*Christoph Gentges
Ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses II (bis September 2016)*

Wachstum, Beschäftigung, regionale Wirtschaftskreisläufe, ländliche Entwicklung – das erscheint auf den ersten Blick wie ein buntes Potpourri. Wir wollen dieses Vorwort nutzen, um die verschiedenen Etappen und besonders die Verbindungen zwischen den Etappen, die der Ausschuss in den letzten vier Jahren unter dem Schlagwort „gesellschaftspolitisches Thema“ durchlaufen hat, zu beleuchten.

Zu Beginn der Legislaturperiode 2014-2019 wurde die parlamentarische Arbeit reformiert und die Befassung der Ausschüsse mit gesellschaftspolitischen Themen in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen eingeführt.

Im Frühjahr 2015 ging der Ausschuss auf Themensuche und schnell fiel dabei die Wahl auf den Themenkomplex „Wachstum und Beschäftigung“. Ziel sollte sein, Pisten aufzuweisen, die für die künftige Beschäftigungspolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft relevant sein können. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft zum 1. Januar 2016 weitere Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich Beschäftigung übernommen hat.

Bevor er den Blick auf die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihren Arbeitsmarkt gelenkt hat, wollte sich der Ausschuss zunächst ein Bild der Welt von morgen machen: Wie sehen neue Wirtschafts-, Wachstums- und Beschäftigungsmodelle aus? Wird es weiter Wachstum geben oder müssen wir uns auf eine Wirtschaft ohne Wachstum einstellen?

Antworten auf diese Fragen lieferten Dr. Norbert Nicoll und Peter De Keyzer in zwei Vortragsveranstaltungen im Frühjahr 2016. N. Nicoll präsentierte ein Postwachstumsmodell während P. De Keyzer von klassischem Wachstum basierend auf neuen Wachstumsmotoren sprach. Beide Referenten waren trotz der unterschiedlichen Thesen der Ansicht, dass in Zukunft mit regionaleren Wirtschaftskreisläufen zu rechnen ist.

In einer zweiten Phase tauschten die Ausschussmitglieder mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes sowie mit den Bezirkssekretären der Gewerkschaften CSC und FGTB über die Chancen und Herausforderungen für den hiesigen Arbeitsmarkt

aus. In diesen beiden Anhörungen wurde ebenfalls klar, dass der Weg zu einem ressourcenschonenden Wachstum gefunden werden muss. Außerdem sprachen sich die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter vor allem für die Förderung weicher Standortfaktoren aus.

Mit diesen Erkenntnissen im Gepäck begab sich der Ausschuss von der makro- auf die mikroökonomische Ebene. Im Fokus stand nun die Regionalwirtschaft, insbesondere regionale Wirtschaftskreisläufe, Lokalwährungen und Kreislaufwirtschaft. Die Mitglieder wollten ergründen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um Wirtschaft und Unternehmen auf abnehmende Wachstumsraten vorzubereiten und robuster zu gestalten. Dabei stand auch die Frage im Raum, wie eine regional ausgerichtete Wirtschaft und Lokalwährungen dazu beitragen können.

Der Ausschuss organisierte einen Informationsbesuch in die luxemburgischen Gemeinden Beckerich und Wiltz, da diese beiden Gemeinden eine Vorreiterrolle in den Bereichen Regionalwirtschaft und Kreislaufwirtschaft spielen. Sowohl in Beckerich als auch bei einer Anhörung im Parlament informierte sich der Ausschuss über verschiedene Lokalwährungen und ihre Funktionsweisen.

Von der Regionalwirtschaft ist der Weg zur Regionalentwicklung nicht weit. Auf Gemeindeebene ist dabei das Konzept der ländlichen Entwicklung unumgänglich. In der Tat ist die Deutschsprachige Gemeinschaft insgesamt als ländliches Gebiet zu verstehen und die Studienreise nach Luxemburg hat gezeigt, wie wichtig der Aspekt der Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung von lokalen Projekten ist. Insofern stellte sich die Frage, ob in der Politik der ländlichen Entwicklung, bei der Bürgerbeteiligung groß geschrieben wird, Hebel bestehen, um den Weg zu einer regionaleren Wirtschaft zu ebnen. Die Wirtschaftsförderungs-gesellschaft stellte den Ausschussmitgliedern die zwei Hauptinstrumente „Kommunales Programm zur Ländlichen Entwicklung“ (KPLE) und LEADER (*Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale*) vor.

In einem weiteren und letzten Schritt ließ der Ausschuss untersuchen, wie auf Grundlage der aktuellen Gesetzgebung Prozesse in der ländlichen Entwicklung umgesetzt und unterstützt werden und wo die zuständigen Gemeindevertreter Handlungsbedarf und Verbesserungspotenzial sehen. Mit Jan Zegel wurde ein Student gefunden, der sich diesen Fragestellungen in seiner Masterarbeit „Nachhaltige ländliche Entwicklung in Ostbelgien“ gewidmet hat.

Mit einem Fazit zu seinen Arbeiten schloss der Ausschuss das umfangreiche und vielschichtige Thema ab. Ein Dank gilt allen Beteiligten, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben.

Eupen, im März 2019

II. Vortragsveranstaltungen



Kapitalismus im Wachstumsdilemma – welche Auswirkungen auf Beschäftigung und Nachhaltigkeit?

Veranstaltung mit Dr. Norbert Nicoll am 26. April 2016

Unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten ist unmöglich. Diese These vertritt Dr. Norbert Nicoll¹. In einer öffentlichen Vortragsveranstaltung des Parlaments erläuterte er, wie kapitalistisches Wachstum funktioniert, wie es die Nachhaltigkeit beeinträchtigt und welche Auswirkungen für den Arbeitsmarkt entstehen.

Grundlagen: Wachstum im Kapitalismus

Wachstum liegt vor, wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf jährlich steigt. Wachstum ist das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik und hat somit einen Einfluss auf viele Faktoren (Einkommen, Arbeitsplätze, Kredite etc.).

N. Nicoll verglich kapitalistisches Wachstum mit einem Fahrrad: Man muss strampeln, um vorwärts zu kommen, ansonsten kippt das System um. Nichtwachstum stellt ein großes Problem im Kapitalismus dar.

Wachstum hat mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert eingesetzt; die höchsten Wachstumsraten hat es nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben. Seit einigen Jahren stagnieren die Wachstumsraten jedoch in den Industrieländern.

Oft wird Wachstum mit Wohlstand verknüpft. Es gibt aber mittlerweile einige Anzeichen dafür, dass dem nicht mehr so ist. So glauben mittlerweile viele Eltern, dass ihre Kinder kein besseres Leben als sie selbst führen werden, Lebenszufriedenheit und Glück steigen nicht weiter an bzw. nehmen ab, Burn-out verbreitet sich etc.

Hinzu kommen ökologische Probleme durch die Übernutzung von Ressourcen und Umweltverschmutzung.

1 Norbert Nicoll ist Politikwissenschaftler und Dozent an der Universität Duisburg-Essen.

Große Beschleunigung. Das wirklich große Bild

Im Anschluss ging N. Nicoll auf das Konzept Nachhaltigkeit ein. „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die es gegenwärtigen Generationen erlaubt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ohne spätere Generationen in diesem Bestreben zu beeinträchtigen.“

Eine Studie langfristiger sozioökonomischer sowie ökologischer Trends zeigt, wie parallel ihre Entwicklungen verlaufen. Mit dem Anstieg der Weltbevölkerung ist auch das BIP explodiert. Gleichzeitig gehen damit exponentielle Erhöhungen beim Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß, Regenwaldverlust, bei der Ozeanversauerung etc. einher.

Die sozioökonomischen und ökologischen Entwicklungen bedingen sich gegenseitig und es ist unmöglich, dass es künftig so weiter geht wie bisher, weil es sich um ein Exponentialwachstum handelt und der Planet nicht mitwächst.

Daraus kann nur geschlussfolgert werden, dass unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten unmöglich ist.

Fallbeispiel: Wachstum, Energie und Emissionen zusammengedacht

Energie spielt eine zentrale Rolle in der Wachstumsfrage, weil Wachstum auf einer Produktivitätssteigerung beruht, d. h. dass der Output pro Arbeitsstunde zunimmt. Die Produktivität wird in der industriellen Wirtschaft vor allem durch den Einsatz von Maschinen erhöht. Für Maschinen braucht man Energie.

Problematisch ist, dass der globale Energiemix hauptsächlich aus Öl, Kohle und Gas besteht, jeweils drei nicht-erneuerbare Energiequellen. Auf lange Sicht muss man sich Gedanken machen, wie man mit dieser Entwicklung umgeht, u. a. auch weil die Ressourcen zum Teil nicht substituierbar sind.

Statistiken belegen, dass die Emissionen sowie der Energieverbrauch parallel zum globalen Wirtschaftswachstum ansteigen. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, bedarf es einer massiven Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum, Energieverbrauch und Emissionen.

Viele sind der Meinung, dass durch Innovation und Fortschritt eine Entkopplung gelingen kann – in der Praxis fehlen aber bisher die Beweise. N. Nicoll ist der Ansicht, dass unser Wirtschaftsmodell nicht mit Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen ist. Deswegen ist ein Strukturwandel, aber auch eine Änderung des Lebensstils und der Produktionsweisen zu befürworten.

Perspektiven für die Beschäftigung

N. Nicoll vertritt die Ideen der Postwachstumsökonomie, d. h. eine Wirtschaft, die ohne Wachstum des BIP über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt. Er empfahl der Politik, sich auf sinkende Wachstumsraten und Entschleunigung vorzubereiten. Bedacht und behutsam sollte man die bestehenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Strukturen umbauen.

Seiner Ansicht nach werden bestimmte Wirtschaftszweige schrumpfen (z. B. Automobilindustrie, Luftfahrt, Tourismus), während andere Branchen in der Postwachstumsökonomie wachsen werden (z. B. Landwirtschaft, erneuerbare Energien, Recycling). Zudem sind regionalere Wirtschaftskreisläufe zu erwarten.

Um den Druck auf den Arbeitsmarkt zu verringern, sollten die Rahmenbedingungen geändert werden. Ein Hebel ist z. B. die Verkürzung der Arbeitszeiten, wodurch Einkommen und Arbeit umverteilt werden könnten. Für eine Arbeitszeitverkürzung bedarf es jedoch einheitlicher europäischer Regeln.

Ein Schlüsselwort in der Debatte ist seiner Ansicht nach Suffizienz, d. h. freiwillige Genügsamkeit. Die Menschen sollten lernen, sich frei zu machen (auch von nicht notwendigem Einkommen), um dem Konsumdruck zu entkommen.

Fazit

N. Nicoll schlussfolgerte, dass wir in einem Dilemma stecken: Einerseits benötigen wir Wirtschaftswachstum, um die Systemstabilität zu gewährleisten, andererseits untergräbt Wachstum seine eigenen Voraussetzungen, da es keine Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zulässt.

Er glaubt, dass eine Postwachstumsökonomie erstrebenswert ist, da sie mit weniger oder keinem Wachstum auskommt und regionaler ausgerichtet ist. Eine Reform birgt zwar viele Risiken und Herausforderungen, aber auch Chancen.

Eine Reform der gängigen Strukturen kann seiner Meinung nach nur durch einen bottom-up-Prozess gelingen. Deswegen muss die Bevölkerung ihre Stimme erheben und sich mobilisieren.

Einige Prämissen sind dabei:

- Entwaffnung der Finanzmärkte: Sie sind verwertungsorientiert und sehr kurzfristig ausgerichtet;

- Erweiterung des Horizonts bei der Politik, die auf die Legislaturperiode fixiert ist;
- Arbeitszeitverkürzung;
- Einkommensumverteilung: Studien zeigen, dass egalitäre Gesellschaften glücklicher und gesünder sind.

Mehr Wachstum ist möglich!

Veranstaltung mit Peter De Keyzer am 9. Mai 2016

Wachstum ist weiterhin möglich, nur die Art des Wachstums muss sich verändern, so Peter De Keyzer² in einer öffentlichen Vortragsveranstaltung im Parlament. Vom quantitativen Wachstum zum qualitativen Wachstum – die Hebel dafür muss die Politik setzen und mehr in Bildung und Forschung investieren und die Märkte liberalisieren.

Ursachen des Wachstums

Ursprüngliche Ursachen des Wachstums sind Bevölkerungszunahme und Produktivitätssteigerung. Wachstum ist ein recht neues Phänomen und hat erst mit der industriellen Revolution eingesetzt. Mit dem Wachstum haben die Lebenserwartung und der Wohlstand zugenommen.

Wachstum heute

In den letzten Jahren befindet sich das Weltwirtschaftswachstum jedoch in Turbulenzen. Seit der Wirtschafts- und Schuldenkrise trägt der Westen weniger zum Weltwirtschaftswachstum bei, während das Wachstum in den Schwellenländern ansteigt.

Wachstum ist heute aber strukturell schwächer. Das Weltwirtschaftswachstum ist 2007 seit den 50er-Jahren auf seinem höchsten Stand gewesen. 2009 ist es dann wegen der Bankenkrise komplett eingebrochen. Die Folge ist ein Vertrauensverlust bei Politikern, Unternehmern und Privatpersonen gewesen, die daraufhin ihre Schulden abgebaut haben, weil sie den hohen Schuldenstand als eine Ursache der Krise angesehen haben. Durch den Schuldenabbau hat das Wirtschaftswachstum nie mehr denselben Aufschwung erlebt wie in den Jahren vor der Bankenkrise.

² Peter De Keyzer war seinerzeit Chefökonom der Bank BNP Paribas Fortis und ist heute als Unternehmensberater tätig.

Dies hat Konsequenzen: Um das Wachstum anzukurbeln, haben die Zentralbanken in der Vergangenheit den Leitzins gesenkt, um Anreize zur Verschuldung zu schaffen. In der Tat verschulden sich Verbraucher und Unternehmen bei niedrigen Zinsen eher und konsumieren bzw. investieren. Allerdings funktioniert dieser Hebel in den Industriestaaten nicht mehr, weil die Menschen weniger bereit sind sich zu verschulden. Grund dafür ist die bereits hohe Verschuldung in der westlichen Welt.

Der Staat nimmt hingegen weiter Schulden auf. De Keyzer erachtete es als falsch, dass der Staat sich verschuldet, um Wachstum anzukurbeln. Zur Schaffung von strukturellem Wachstum sind Investitionen in Infrastruktur interessant. Problematisch ist aus seiner Sicht, dass Belgien zu wenig in Infrastruktur investiert und zu viel Geld vom Verwaltungsapparat geschluckt wird.

Er plädierte dafür, dass der Staat mehr in (intelligente) Infrastruktur, Verteidigung, Forschung und Entwicklung sowie Bildung investieren soll.

Angesichts der Problematik der begrenzten Ressourcen und der Umweltverschmutzung vertrat De Keyzer die Einführung eines Marktes für Umweltverschmutzung: Verursacher von Verschmutzung müssen zahlen, z. B. in Form einer CO₂-Steuer.

Neue Wachstumsmotoren

In Europa haben die beiden Wachstumsmotoren Bevölkerungsanstieg und Produktivitätssteigerung ausgedient.

Wachstum ist aber nicht nur Akkumulation von Gütern und Kapital, sondern die Aussicht auf ein besseres Leben. Man soll Wachstum nicht um des Wachstums willen schaffen, sondern wegen seiner positiven Effekte: Wohlstand, eine höhere Lebenserwartung, bessere Gesundheit und besserer Bildungsstand.

Wachstum ist nicht mit Wohlstand gleichzusetzen und leider sagt das BIP nichts über das Wohlbefinden der Bevölkerung aus. Alternative Messindikatoren haben sich aber noch nicht endgültig durchgesetzt. Wachstum ist aber notwendig, um Investitionen zu ermöglichen und so den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden.

P. De Keyzerglaubt an die Dynamisierung der Wirtschaft und zerstörerische Kreativität. Einige Branchen werden verschwinden und von anderen, neuen Branchen ersetzt. In seinen Augen wird Wachstum durch Innovation, neue Ideen, Wettbewerb, Unternehmertum, Bildung und den freien Markt geschaffen.

Es könnte sein, dass durch technischen Fortschritt Arbeitsplätze überflüssig werden. Die eigentliche Herausforderung ist also, die Menschen bei sinkender Beschäftigung am Wohlstand teilhaben zu lassen.

Als Beispiel für innovative Beschäftigungsformen nannte er die beiden Plattformen Uber und Taskrabbit. Diese Plattformen regelten Angebot und Nachfrage an Arbeit innovativ. Der Arbeitsmarkt tendiert in seinen Augen zu einer Atomisierung. Durch Plattformen könnten die Menschen ihre Arbeit und ihr Leben einfacher und freier organisieren.

De Keyser war der Ansicht, dass vor allem Niedrigqualifizierte, die nur einen schlechten Zugang zum klassischen Arbeitsmarkt haben, von der Atomisierung profitieren können.



III. Anhörungen



Wachstum und Beschäftigung – ein Blick auf Ostbelgien

*Anhörungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter
am 29. November und 6. Dezember 2016*

In zwei getrennten Anhörungen wurden die Arbeitgebervertreter und die Arbeitnehmervertreter eingeladen, zu verschiedenen Fragen der Ausschussmitglieder und zu bestimmten Aussagen der Referenten Nicoll und De Keyzer Stellung zu beziehen. Die Stellungnahmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu den einzelnen Themenfeldern sowie die weiteren Erläuterungen im Austausch mit den Ausschussmitgliedern wurden für den vorliegenden Text zusammengeführt, um eine konsistente Darstellung der Anhörungen für den Leser zu ermöglichen.

Gehen Sie davon aus, dass Wachstums- und Beschäftigungsraten abnehmen werden?

Arbeitgebervertreter

Wachstum wird es weiter geben, jedoch in unterschiedlicher Bedeutung von einer Region zur anderen.

Überdurchschnittliches Wachstum wird für die hiesigen Betriebe zukünftig nur über den Export und dies vor allem über den außereuropäischen Außenhandel möglich sein bzw. über die physische Präsenz der Unternehmen in Märkten mit überdurchschnittlichem Wachstum.

In Ostbelgien herrscht das industrielle und verarbeitende Gewerbe vor. Diese Branchen sind in Wachstumszeiten ein Garant für höheres Wachstum, in Krisenzeiten ist die Gefahr jedoch größer, in den negativen Strudel mithineingezogen zu werden.

Diese Wirtschaftsfluktuationen wirken sich ebenfalls stärker auf die Beschäftigung aus. Aufgrund des globalen Wettbewerbs kann Beschäftigung nur aufrechterhalten werden, wenn die Unternehmen sich am weltweiten Wachstum beteiligen können.

Sicherlich sind die Tarif- und Lohnkostenpolitik oder die Investitionspolitik Zuständigkeiten des Föderalstaates oder der Wallonischen Region. Aber die

Deutschsprachige Gemeinschaft hat sicherlich auch in Händen, um die Betriebswelt, insbesondere die Exportwirtschaft zu stärken. Diese Instrumente sind einerseits langfristiger Art, da z. B. die qualitative Verbesserung der Aus- und Weiterbildung oder der Sprachenbildung sich nur mittelfristig bemerkbar machen.

Kurzfristigere Erfolge können dagegen z. B. im Bereich der Beschäftigungspolitik erzielt werden, indem z. B. die Stellenvermittlung durch eine rigorose Umorientierung effizienter organisiert wird.

Das Thema der positiven Darstellung und Vermarktung des Standortes ist ein weiteres Instrument der Unterstützung der Wirtschaft und damit der Beschäftigung.

Die Attraktivität des Standortes muss weiter erhöht werden, indem Stärken wie die gute Ausbildung, Mehrsprachigkeit, die hervorragende geografische Lage innerhalb des EU-Kerngebiets verbunden mit hoher Lebens- und Wohnqualität, das kulturelle Angebot weiterentwickelt werden, um Führungs- und Arbeitskräfte zu finden und an die Region zu binden.

Ein weiterer Mehrwert der Region, den es zu bewahren gilt, ist das breite Angebot an nebenschulischen Aktivitäten, das beim Heranbilden von Nachwuchskräften eine wichtige Rolle spielt, weil in diesem Rahmen Leadership- und soziale Kompetenzen erlernt werden.

In Bezug auf die Mehrsprachigkeit ist besonders festzuhalten, dass die Ausbildung in französischer Sprache zu verbessern ist, weil allgemein festgestellt wird, dass die Französischkenntnisse der Lehrlinge und Arbeitnehmer abnehmen. Mehrere Arbeitgeber sprachen sich dafür aus, dass die Schulausbildung nicht zu spezialisiert sein darf. In der Schule sollen vor allem die Grundfertigkeiten wie Sprachen und Mathematik vermittelt werden. Die Spezialisierung findet anschließend im Betrieb statt.

Selbstverständlich hat Wachstum auch seine Grenzen. Die Weltwirtschaft hat ihre Wachstumsgrenzen noch nicht erreicht, wohl aber ihre Zerstörungsgrenze. In Europa gibt es die technischen Fähigkeiten und auch das Bewusstsein, um einen Wandel heranzuführen. Für ein ressourcenschonendes Wachstum bedarf es aber eines kollektiven Willens.

Arbeitnehmervertreter

Unendliches Wirtschaftswachstum ist unmöglich, weil wir nur eine Erde zur Verfügung haben. Damit geht einher, dass auch unendliches Wachstum der Be-

schäftigung in ihrer derzeitigen Form (VZÄ, 38-Stundenwoche) unmöglich ist und die Beschäftigung künftig abnehmen wird.

Eine der großen Herausforderungen unserer Zeit ist die Digitalisierung. Mittlerweile ist sich die Wissenschaft einig, dass dadurch – in unterschiedlichem Ausmaß – Arbeitsplätze verloren gehen werden.

Die Verluste werden sich durch alle Bereiche des Arbeitsmarkts ziehen: Vom Montagearbeiter, der vom Roboter ersetzt wird, über das Logistik- und Verpackungsgewerbe bis hin zu Sachbearbeitern im Banken- und Versicherungswesen (Jobs, die vor circa zehn Jahren noch als sicher galten).

Nicht außer Acht zu lassen ist jedoch, dass durch die Digitalisierung auch neue Berufe entstehen werden. Neue Arbeitsplätze sind in der IT-Branche, in der Präzisionsmechanik, dem Maschinenbau etc. zu erwarten. Zudem werden zahlreiche Berufe geschaffen, deren Namen und Profil wir heute noch nicht kennen.

Besonders Berufe, die einerseits energieunabhängig, andererseits ein hohes Maß an Kreativität bzw. sozialer Kompetenz und Kommunikation erfordern, sind widerstandsfähiger. Pflegeberufe, Teamleiter, Architekten, Designer, Unternehmen im Energiebereich etc. haben gute Chancen, am Arbeitsmarkt von morgen zu bestehen.

Durch die Digitalisierung werden sich auch die kollektiven Arbeitsverhältnisse ändern. Die Anzahl Freelancer, die über Plattformen vermittelt werden, nimmt schon heute zu.

Um die Betriebe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wettbewerbsfähig zu halten, muss das Niveau der Aus- und Weiterbildung gehalten und noch besser werden. Es ist davon auszugehen, dass sich ein Arbeitnehmer in der Zukunft sehr viel häufiger weiterbilden und umschulen lassen muss als bisher.

Ein weiterer Aspekt für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ist die Entwicklung von Nischen- und Endprodukten. Wir benötigen Produkte „made in Ostbelgien“, die nicht nur hier entwickelt, sondern auch hier produziert und verarbeitet werden.

Die Arbeitnehmervorteile beklagen, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung der hiesigen Betriebe in den letzten Jahren stark gesunken sind. Mangelnde Investitionen sind ein schlechtes Zeichen für die Sicherung künftiger Arbeitsplätze, vor allem vor dem Hintergrund des Wandels der Arbeitswelt.

Wie sehen Ihre langfristigen Visionen für die Beschäftigung in Ihren Unternehmen aus?

Arbeitgebervertreter

Es findet eine Umwälzung am Arbeitsmarkt statt. Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung in Verbindung mit Industrie 4.0 sind unumkehrbare Prozesse. Maschinen und Computer werden in den nächsten zwei Jahrzehnten viele Tätigkeiten an sich reißen. Viele Berufe werden „aussterben“ und neue Beschäftigungszweige werden entstehen.

Tätigkeiten mit einer hohen Anforderung an Kreativität bleiben auch zukünftig widerstandsfähiger (Architekten, Designer, Ingenieure und Wissenschaftler etc.) und werden schwerlich durch Computer ersetzt werden können. Relativ immun sind Tätigkeiten, für die soziale Kompetenz, Kommunikation oder Einfühlungsvermögen gefragt sind, z. B. Teamleiter, Psychologen, Ärzte, innerbetriebliche Ausbilder. Auch Bereiche wie Service und Logistik sowie technische Beratung haben gute Chancen.

Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die bezüglich der Gefahr, dass ein Teil der Menschen nicht mehr für Arbeit gebraucht werden bzw. nicht mehr über die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen sowie beim technologischen Fortschritt nicht mehr mitkommen, um dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Dies bedeutet aber auch, dass zukünftig nicht jeder in unserer Gesellschaft vom Fortschritt profitieren wird.

Ist es nur eine Minderheit, die zu den Gewinnern zählt und eine wachsende Mehrheit zu den Verlierern, dann ist die Lage auf Dauer instabil. Hier könnte jetzt sogar der Bogen zum bedingungslosen Grundeinkommen gespannt werden, wodurch Arbeit und Einkommen voneinander getrennt werden.

In Belgien sind in den letzten zehn Jahren rund 100.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Damit gehen auch zahlreiche Kenntnisse verloren. Dem Handel kann es nur gut gehen, wenn auch vor Ort produziert wird. Das verarbeitende Gewerbe ist die Basis der gesamten Wirtschaft und somit der Gesellschaft. Dienstleistungen kann es nur gut gehen, wenn auch Produktion vor Ort ist.

Die Liebe zur Region ist der Faktor, der die Unternehmer hier hält. Bei der jungen Generation wird das nicht mehr der Fall sein: Der emotionale Faktor fällt weg, denn ihre Heimat ist die Welt.

Wie kann man die Betriebe künftig vor Ort halten? Ein Aspekt ist sicherlich die Lohnkostenpolitik. In der Tat kann die Politik positiv und negativ auf die Lohn-

kosten einwirken. Wenn die Föderalregierung Maßnahmen ergreift, um die Lohnkosten zu senken und die Regionalregierung sie wiederum erhöht, ist der Effekt gleich Null. Selbst auf Ebene der Gemeinschaft kann man Einfluss auf die Kostenstruktur nehmen, da auch der Apparat vor Ort Geld verschlingt.

Der Föderalstaat erteilt wegen des hohen Steuerdrucks Vergünstigungen. Jetzt wird wieder regionalisiert und vergemeinschaftet und keine Entität fühlt sich verantwortlich für das Konstrukt im Ganzen. Jeder muss deswegen auf seiner Ebene prüfen, welche Maßnahmen sinnvoll sind oder nicht. Dessen muss sich die Politik bewusst sein.

Welchen Chancen und Gefahren sehen Sie für die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihren Arbeitsmarkt?

Arbeitgebervertreter

Mögliche Gefahren sind u. a. hohe Arbeitskosten infolge von Steuerdruck und Lohnnebenkosten sowie der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel. Beides kann zu Abwanderungsgedanken bei den hiesigen Arbeitgebern und damit zu Arbeitsplatzverlusten führen.

Die steigende Mobilität der Arbeitnehmer in Verbindung mit dem demografischen Wandel führt zu einer deutlichen Verknappung des Arbeitskräftepotenzials für diejenigen Arbeitgeber, die an den Standort gebunden sind und nicht abwandern.

Der akute Lehrermangel wird sich unausweichlich negativ auf die Qualität des Unterrichts, der Schüler und des Ausbildungs- und Arbeitsstandortes auswirken.

Die Unternehmensnachfolgeproblematik ist dazu eine sich immer stärker darstellende Gefahr des Verschwindens von Betrieben und Arbeitsplätzen. Der Beruf des Unternehmers ist für viele junge Menschen nicht mehr erstrebenswert. Es sind aber gerade sie, die für zukünftige Arbeitsplätze sorgen.

Die Präsenz aktuell und zukünftig benötigter Führungskräfte mit ausgeprägtem Verantwortungsbewusstsein ist ein Schlüsselbedarf, der eine Region mit ihrer Wirtschaft und ihrem öffentlichen Dienst sowie die gesamte Gesellschaft nach vorne trägt. Hier kann die Deutschsprachige Gemeinschaft eingreifen, indem sie durch außerschulische Aktivitäten das Verantwortungsbewusstsein junger Menschen stärkt.

Es bestehen aber auch Chancen. Ostbelgien ist heute als Wohn- und Lebensraum attraktiv. Hier muss noch stärker die Verbindung zur möglichen Attraktivität von Arbeitsplätzen geschaffen werden, um junge Menschen an die Region zu binden.

Die Aus- und Weiterbildung in Verbindung mit der Mehrsprachigkeit sind weiter auszubauen. Arbeitnehmer mit Familie sind für diese Themen stark sensibilisiert und wünschen sich ein förderndes und forderndes Umfeld für ihre Kinder.

Der soziale Dialog, der heute in Ostbelgien noch relativ stabil ist, darf nicht auf das wallonische Niveau absinken. Hier haben die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Betriebswelt noch einen „Vorsprung“, den es aber zu festigen gilt.

Arbeitnehmervertreter

Der Arbeitsmarkt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterscheidet sich von den Arbeitsmärkten in den Grenzregionen, weil die Arbeitnehmer geografisch gesehen flexibler sind. Sie sind gut ausgebildet, zeugen von hoher Bereitschaft zur Weiterbildung und sind meist mehrsprachig, wobei die Sprachenkompetenz, nicht nur im Französischen, sondern auch im Deutschen nachlässt. Nichtsdestotrotz müssen sich junge, gut ausgebildete Menschen in unserer Region mittelfristig nicht vor Arbeitslosigkeit fürchten.

Gefährdet sind vor allem gewisse Zielgruppen, die einen schlechten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Da sind schlecht ausgebildete Personen zu nennen; die Arbeitsuchenden über 50 Jahren, deren Anzahl sich in den letzten Jahren vervierfacht hat; die sogenannten NEET, 18- bis 24-Jährige, die sich weder in Arbeit, in der Schule oder in einer Ausbildung befinden und deren Anzahl in der Deutschsprachigen Gemeinschaft rund 7 % beträgt; und schließlich die Einwanderer, sowohl in erster als auch in zweiter Generation.

Wie stehen Sie zum Thema Arbeitszeitverkürzung?

Arbeitgebervertreter

Das Thema einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung in einem rigiden und nicht mobilen Arbeitsmarkt wie Belgien ist keine Lösung. Flandern wie auch die Deutschsprachige Gemeinschaft klagen über Arbeitskräftemangel.

Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, werden durch die Immobilität im Arbeitsmarkt ad absurdum geführt. Sprachen- und Mentalitätsblockaden hemmen die Zuwanderung von Arbeitnehmern z. B. aus der Wallonie/Brüssel nach Flandern.

Die Arbeitszeitverkürzung verschärft sogar das aktuelle Problem vieler Unternehmen. Viele KMU, aber auch größere Unternehmen, finden nicht die notwendigen zusätzlichen Mitarbeiter mit den geforderten Profilen.

Langfristig (15-20 Jahre) ist die Arbeitszeitverkürzung vielleicht eine unter mehreren Antworten, um der sich weiter entwickelnden Automatisierung, Robotisierung und Digitalisierung zu begegnen. Alle Bevölkerungsschichten am Wohlstand teilhaben zu lassen, ist notwendig, um Konfliktherde in der Gesellschaft zu minimieren.

Die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ist illusorisch und folglich nicht ernst zu nehmen. Kostenanhebung führt nicht zu Arbeitsplatzschaffung, sondern zu Jobvernichtung infolge fallender Aufträge und weiter steigender Automatisierung bzw. Delokalisierung.

Arbeitnehmervertreter

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Problematik, dass die Unternehmen händeringend nach Facharbeitern suchen, kann die Arbeitszeitverkürzung zum wichtigsten Instrument in der EU werden, um Arbeit so umzuverteilen, dass jeder Bürger einer Erwerbsarbeit nachgehen kann.

Das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem, basierend auf Konsum, erscheint immer mehr Wirtschaftswissenschaftlern als fragwürdig. Zudem ist Arbeitszeitverkürzung ein Instrument, um Phänomene wie Burn-out und Bore-out zu verringern.

Wegen des technischen Fortschritts werden viele Arbeitsplätze verloren gehen. Ob man die wöchentliche Arbeitszeit auf 34, 32, 30 oder gar gemäß dem skandinavischen Modell auf 20 Stunden reduziert, bleibt dabei zu diskutieren. Wichtig ist, dass Arbeit gerecht verteilt wird und wegen der globalen Finanzierbarkeit eine europäische Lösung für die Arbeitszeitverkürzung gefunden wird. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann auch ein Teil der Lösung sein.

Fazit

Zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besteht in folgenden Punkten Konsens:

- Die Industrie 4.0 und die damit einhergehende Automatisierung und Digitalisierung führt zu Arbeitsplatzverlusten. Allerdings werden auch neue Berufe und Arbeitsplätze geschaffen. Dadurch entstehen auch neue Ansprüche an die Arbeitnehmer: Es ist fraglich, ob genug Menschen sich die technischen Kompetenzen aneignen können, vor allem weil es jetzt schon schwer vermittelbare Gruppen gibt: die gering Qualifizierten, die Arbeitslosen über 50 Jahre, die sogenannten NEET (not in employment, education or training) und die Einwanderer.

- Die Stellenvermittlung muss verbessert werden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat nun alle Instrumente in der Hand, um etwas daran zu ändern.
- Zukunftsmärkte werden die *silver economy* (Sozial- und Pflegeberufe) sowie Berufe sein, die Kreativität verlangen, z. B. Architekten oder Ingenieure. Diese sind besonders zukunftssträftig, wenn sie auf der Verbreitung und Weiterentwicklung von neuen Technologien, z. B. Energiereduzierung bzw. -unabhängigkeit, beruhen.
- Die Ausbildung, sowohl Schulausbildung, mittelständische Ausbildung als auch Weiterbildung, muss weiter verbessert werden. Die Sprachenbildung muss weiter gefördert werden. Eine gute Allgemeinbildung ist zu bevorzugen.
- Wirtschaftswachstum hat seine Zerstörungsgrenze erreicht, Innovation kennt aber keine Grenzen. Wir benötigen ein ressourcenschonendes Wachstum. Der kollektive Wille muss aber auf europäischer bzw. internationaler Ebene geschaffen werden.
- Die Lohnnebenkosten in Belgien sind zu hoch. Daran kann die Deutschsprachige Gemeinschaft alleine nichts ändern. Aber auch sie kann dazu beitragen, dass die Verwaltungsstrukturen in unserer Region nicht zu hohe Kosten verursachen.
- Es besteht ein Brain-Drain und ein Kraft-Drain. Dadurch mangelt es auch an Führungskräften.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sind sich einig, dass ein gesundes Beschäftigungsniveau in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur gehalten oder erhöht werden kann, wenn Anreize geschaffen werden, um Arbeitnehmer und Unternehmen hier zu halten bzw. anzuziehen. Folgende Instrumente wurden genannt:

- Die Lohnnebenkosten und der Steuerdruck allgemein müssen verringert werden.
- Die (Schul)Ausbildung, vor allem die Allgemeinbildung und die Sprachenbildung, muss verbessert werden. In diesem Zusammenhang muss auch etwas gegen den akuten Lehrermangel unternommen werden.
- Verbesserung der Stellenvermittlung.
- Bessere Standortvermarktung.
- Die Exportförderung muss weiter ausgebaut werden, weil die Teilnahme am globalen Wachstum vor allem über den außereuropäischen Handel möglich ist.
- Förderung der Betriebsübernahme, weil die Betriebsführung zurzeit auch auf emotionalen Entscheidungen beruht. Falls Betriebe durch nicht-hiesige Unternehmer übernommen werden, fällt diese Komponente weg.
- Förderung des Unternehmergeistes bei jungen Menschen, die den Beruf des Unternehmers nicht mehr als erstrebenswert erachten.

- Führungskräfte müssen herangezogen werden, durch eine gute schulische Ausbildung aber auch durch außerschulische Aktivitäten, in denen Sozialkompetenzen und Verantwortungsbewusstsein gefördert werden.
- Die Kommunikation zwischen Universitäten und Unternehmen muss erleichtert werden, indem z. B. Informationsbüros von Universitäten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angesiedelt werden. Es besteht zwar ein Fachkräftemangel, gleichzeitig gibt es auch zahlreiche gut qualifizierte Arbeitslose. Es besteht demnach ein Problem der Verteilung.
- Immobilien- und Grundstückspreise müssen bezahlbar bleiben.
- Arbeitszeitverkürzung und ein bedingungsloses Grundeinkommen können unter bestimmten Bedingungen langfristige Instrumente für den Wegfall von Arbeitsplätzen durch Automatisierung sein. Wichtig ist, dass solche Instrumente auf europäischer Ebene umgesetzt werden.
- Wahrung und Verbesserung des kulturellen Angebots und überregionale Bewerbung dieses Angebots.



Stärkung der lokalen Wirtschaft dank Lokalwährungen

Anhörung von Vertretern verschiedener Lokalwährungen am 20. Juni 2017

Vertreter der Lokalwährungen *Sous-rire*, *le Valeureux* und des Netzwerks *Financité*, das Lokalwährungen und Bürgerinitiativen zu den Themen Finanzen und Solidarität unterstützt, stellten im Parlament ihre Währungen und Arbeit vor. Zudem ließ sich der Ausschuss am 8. September 2017 in Beckerich die dortige Lokalwährung *Beki* vorstellen. Eine Zusammenfassung der Stellungnahmen der jeweiligen Vertreter und des Austauschs mit den Ausschussmitgliedern ist in folgendem Bericht dargestellt.

Lokalwährungen – Hintergrund und Ziele

Jean-Yves Buron, Vertreter der VoG *le Valeureux*, erklärte, in der klassischen Geldtheorie bestehen zwei implizite Hypothesen: Eine einzige Währung genügt und eine Währung ist ein neutrales Tauschmittel. Diese beiden Hypothesen sind falsch. Die erste Hypothese wird schon dadurch widerlegt, dass andere Formen von Währungen tatsächlich existieren, z. B. Treuepunkte und Mahlzeitschecks. Außerdem ist es risikoreich, die ganze Wirtschaft nur auf einer Währung aufzubauen. Eine Währung ist aber nicht resilient genug, um die ganze Wirtschaft zu tragen. Eine Wirtschaft braucht Diversität und durch Komplementärwährungen wie dem *Valeureux* entsteht diese Diversität.

Auch die zweite Hypothese, dass eine Währung neutral sei, stimmt nicht. Jede Währung funktioniert nach ihren eigenen Regeln, die das Verhalten der Nutzer, die Investitionen etc. beeinflussen. Die Spielregeln einer Währung dienen häufig nicht dem Verbraucher, der regionalen Wirtschaft und den kleinen und mittleren Unternehmen.

Der Euro ist auch nicht neutral: Privatbanken bestimmen das Geldvolumen durch die Vergabe von Krediten, das Geld entsteht durch die Schaffung neuer Schulden, der Euro favorisiert die Konzentration von Reichtum (Multinationale, Aktionäre), der Euro wird zu circa 95 % ausschließlich auf dem Geldmarkt getauscht und fließt kaum in die Realwirtschaft, der Euro ist abhängig von einem von der Europäischen Zentralbank festgelegten Zinssatz, er lässt Spekulation zu und es macht keinen

Unterschied, ob nachhaltige oder nicht-nachhaltige Aktivitäten mit ihm bezahlt werden.

Der Vertreter des *Beki*, Max Hilbert, vertrat ebenfalls den Standpunkt, dass Lokalwährungen aufgrund von Missständen unseres aktuellen Wirtschafts- und Finanzsystems eingeführt werden. Geld entsteht durch die Geldschöpfung der Banken. Letzteres ist automatisch verbunden mit der Aufnahme von Krediten, d. h. von Schulden. Problematisch ist, dass man Kredite inklusive Zinsen zurückzahlen muss. Aber woher kommt eigentlich das Geld für die Zinsen? Um Zinsen zu tilgen, muss jemand anders wieder einen Kredit aufnehmen, durch den wiederum ungedeckte Zinsen entstehen. Unser aktuelles Geldsystem ist also ein Teufelskreis.

Im Gegensatz zum natürlichen Wachstum wächst das Geldvermögen exponentiell. Da dies aber über das Wachstum der Schulden finanziert wird, wächst auch die Verschuldung exponentiell. Geldguthaben und Schulden sind zwei Seiten derselben Medaille.

Häufig werden Kredite nur aufgenommen, um die Zinsen alter Kredite zu begleichen. Ein Teil des Kuchens dient also ausschließlich der Tilgung von Zinsen. Wenn die Schulden immer größer werden, muss entweder der Kuchen größer werden (Wachstum) oder man muss an anderen Stellen sparen, was wiederum zu Arbeitslosigkeit und Rezession führen würde. Wir stecken demnach in einem Dilemma.

Das Geldvermögen ist mittlerweile so umfangreich, dass es nicht ausschließlich in die Realwirtschaft investiert werden kann. Deshalb wird in Export und auswärtige Projekte investiert. Außerdem dient ein Großteil des Geldvermögens der Spekulation. Langfristig wird immer weniger in die lokale Wirtschaft investiert.

Vor diesem Hintergrund entstehen Lokalwährungen. Durch eine Lokalwährung können Bürger andere Regeln aufsetzen, sie können Positives durch die Unterstützung regionaler oder nachhaltiger Erzeuger schaffen, sie dienen der Realwirtschaft, sie halten den Reichtum in der Region, sie vermeiden Spekulation und sie stärken die Resilienz und Autonomie der regionalen Wirtschaft. So gesehen fungiert eine Lokalwährung als Bildungsinstrument, da sie die Bürger anregt, über das Wirtschafts- und Finanzsystem nachzudenken.

Dabei ist es wichtig, dass eine Lokal- oder Bürgerwährung, so wie der Name es schon sagt, eine von Bürgern initiierte Bewegung ist.

Ziel einer Bürgerwährung ist:

- Geld im regionalen Netzwerk zu verwenden,
- wirtschaftliche Solidarität zu fördern,

- gegen Spekulation anzukämpfen,
- immaterielle lokale Güter aufzuwerten,
- Werte zu vermitteln und zu fördern.

Anders als Labels definieren Lokalwährungen durch die Prinzipien ihrer Charta nicht nur das Endprodukt, sondern berücksichtigen auch den Produktionsweg und die Produktionsmittel.

Das Funktionieren einer Lokalwährung – drei Praxisbeispiele

Der *Sous-rire* und der *Valeureux* haben eine sehr ähnliche Funktionsweise, die für die meisten Lokalwährungen in Belgien gilt. Geschäftsleute, Hersteller und Dienstleister, die solidarische Werte und die Umwelt respektieren, nehmen mit der VoG Kontakt auf und werden Mitglied. Dafür unterschreiben sie eine Charta und akzeptieren, die Lokalwährung anzunehmen.

Einzelpersonen, die die lokale Wirtschaft unterstützen möchten, können in einer Wechselstube Euroscheine umwandeln oder Wechselgeld in Form der Lokalwährung annehmen. Die lokalen Scheine können sie dann wieder bei Partnerunternehmen ausgeben.

Die Lokalwährungen verstehen sich als Komplementär- oder Parallelwährung und stellen keinen Ersatz für den Euro dar. Es handelt sich eher um einen Wertgutschein als um eine Währung.

Die Scheine sind durch Wasserzeichen, Seriennummern und mit teilweise nicht druckbarer Tinte geschützt. Beim Wechsel von Euro in die Lokalwährung wird der Wechselbetrag in Euro auf einem Konto blockiert. D. h., dass immer dieselbe Anzahl Euro auf diesem Konto blockiert sind, wie Scheine einer Lokalwährung in Umlauf sind. Sollte das System also zusammenbrechen und die Lokalwährung aufgelöst werden, können alle Scheine wieder umgetauscht werden.

Das Gebiet, in dem der *Sous-rire* akzeptiert wird, ist klar auf die Gemeinden Weismes, Stavelot, Malmedy, Trois-Ponts, Stoumont, Lierneux und Vielsalm begrenzt. Der *Sous-rire* ist seit Juni 2017 in Umlauf. Die Vorarbeit ist im Februar 2016 gestartet.

Der *Valeureux* ist seit Juni 2014 in Umlauf und war zunächst auf die Stadt Lüttich beschränkt. Im Oktober 2017 wurde er auf das wirtschaftliche Einzugsgebiet Lüttichs ausgedehnt und gilt nun für Huy, Verviers, Hesbaye, Condroz, Ourthe-Amel und das Herver Land. Er wurde in *Val'heureux* umbenannt.

Auch der *Beki* ist juristisch gesehen ein Wertgutschein. Zu Beginn waren alle teilnehmenden Geschäftsleute und Bürger verpflichtet, Mitglied der VoG zu sein, um den *Beki* nutzen zu können. Die verpflichtende Mitgliedschaft wurde 2015 für die Bürger abgeschafft.

Beim Wechsel von Euro in *Beki* hat der Kunde zwei Möglichkeiten: Er kann seine Euro eins zu eins in *Beki* wechseln oder für 100 Euro 103 *Beki* erhalten. Im ersten Fall werden beim Rücktausch der *Beki* in Euro drei Prozent der eingetauschten Summe an einen guten Zweck in der Region gespendet. Welcher das ist, entscheidet der Kunde bereits beim Wechsel von Euro in *Beki*.

Der *Beki* hat ein Verfalldatum. Ab diesem Datum müssen die Scheine wieder bei der VoG getauscht werden zu einem Verlust von 5%. 2% gehen dabei an die VoG, 3% werden an einen guten Zweck gespendet oder sind von dem ursprünglichen Wechsel in Anspruch genommen worden. Die fünfprozentige Rücktauschgebühr soll Unternehmen davon abhalten, ihre *Beki* sofort wieder in Euro zu wechseln und sie motivieren, weiter in der Region einzukaufen.

In der Anfangsphase ist der *Beki* über das LEADER-Programm finanziert worden (2010-2012). Seitdem wird er vom Kanton Reding unterstützt, der das Defizit in einer Höhe bis zu 60.000 Euro übernimmt.

Ein Knackpunkt für die meisten Lokalwährungen ist die Motivation der Bürger: Geld zu wechseln bedeutet Zeitaufwand und Laufweg. In den VoGs gibt es unterschiedliche Auffassungen zu den Motivationsgründen der Bürger: Manche sind der Meinung, dass die Bürger eine Lokalwährung aus ethischen und moralischen Gründen unterstützen, andere denken, dass man Anreize in Form von (zeitweiligen) Vergünstigungen schaffen soll.

Ein Problem stellt das Sperrkonto dar: Wenn z. B. für 100 Euro 105 Scheine einer Lokalwährung ausgegeben werden, muss man überlegen, wie die fünf zusätzlichen Scheine finanziert werden.

Am sinnvollsten ist es, wenn die Geschäftsleute den Sinn in der Lokalwährung sehen und für sie werben: Sie können dann Ermäßigungen und Vergünstigungen geben und somit die Bürger ermutigen, in Lokalwährung zu zahlen.

Perspektiven

Welche Rolle können die Behörden einnehmen? Sie können die von Bürgern geschaffenen Initiativen auf einer nachgeordneten Ebene unterstützen. Dies geschieht vor allem, indem sie die Verbreitung der Lokalwährungen fördern.

Wie könnte dies aussehen? Behörden könnten z. B. einen Teil der Sitzungsgelder in Lokalwährung ausgeben (der Lohn darf aus rechtlichen Gründen nicht in Lokalwährung ausgezahlt werden), sie könnten Arbeitskräfte für die VoGs freistellen, die Initiativen könnten finanziell oder materiell durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten unterstützt werden etc. Das öffentliche Kultur- und Tourismuszentrum Malmundarium in Malmedy nimmt beispielsweise auch *Sous-rire* an und ein Teil der Miete kann in Lokalwährung gezahlt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinitiativen und der Politik könnte auch dazu beitragen, das Vertrauen in die Politik zu stärken.

Um eine Lokalwährung ins Leben zu rufen, benötigt man mindestens ein Dutzend Geschäfte, die die Währung annehmen. Was den geografischen Verbreitungsraum betrifft, so gibt es keine festen Größen. Wichtig ist, dass er dem Lebensraum entspricht – dieser ist aber für die Bürger und die Unternehmen meist unterschiedlich.

Eine Lokalwährung auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist aus geografischer Sicht machbar. Man könnte sich auch eine Euregio-Regionalwährung vorstellen, denn auf europäischer Ebene handelt es sich immer noch um einen regionalen Wirtschaftsraum.



Umsetzung der Politik der ländlichen Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Anhörung der WFG am 6. Februar 2018

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien VoG (WFG) ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Umsetzung der Programme KPLE und LEADER verantwortlich. Die WFG wurde vertreten durch Nathalie Klinkenberg, Geschäftsführerin, Björn Hartmann, Projektmanager für ländliche Entwicklung, Annalisa Zeimers, Projektmanagerin des LEADER-Projekts „Zwischen Weser und Göhl“ sowie Catherine Jungbluth, Projektmanagerin.

Regionalförderung ist der Oberbegriff für Projekte und Maßnahmen, die den ländlichen Raum stärken sollen. Ostbelgien ist insgesamt ein ländlich geprägter Raum. Bereiche wie Energie, Mobilität, Infrastruktur, Versorgung etc. sind Bereiche, in denen der ländliche Raum heutzutage benachteiligt werden kann. Zur Vorbeugung gibt es Programme wie KPLE oder LEADER.

Die Maßnahmen und Projekte werden immer unter Beteiligung der Betroffenen, d. h. Bürger, Vereine, Gemeinden etc., entwickelt.

1. KPLE

KPLE ist ein Kommunales Programm der ländlichen Entwicklung. Es ist das wichtigste Programm der Wallonischen Region für die Förderung der ländlichen Entwicklung und die Mehrzahl der wallonischen Gemeinden ist daran beteiligt.

Ein KPLE:

- ist ein nachhaltiger Entwicklungsplan für eine Gemeinde,
- ist ein Instrument der Bürgerbeteiligung,
- wird beantragt von der Gemeinde, erarbeitet von einer Kommission, unterstützt von Fachleuchten und genehmigt von der Wallonischen Region für einen festgelegten Zeitraum,
- wird geregelt durch das Dekret für Ländliche Entwicklung der Wallonischen Region und die dazugehörigen Erlasse.

Die Kommission, die das KPLE erarbeitet, nennt sich Örtliche Kommission für die ländliche Entwicklung (ÖKLE). Sie entwickelt und begleitet das KPLE, sie berät den

Gemeinderat (d. h. die Entscheidungen der ÖKLE sind Empfehlung an Gemeindegremium und -rat) und sie spielt die Rolle eines zusätzlichen Bindeglieds zwischen Bevölkerung und Gemeinde. Sie ist ehrenamtlich und unpolitisch, bewegt sich also außerhalb der politischen Themen.

Die ÖKLE schlägt Projekte vor und kann Fördermittel der Wallonischen Region zu deren Ausführung beantragen.

Die Strategie des KPLE besteht zunächst aus einer objektiven Analyse der Ist-Situation. Auf dieser Basis wird eine Stärken-Schwächen-Analyse von den beteiligten Bürgern erarbeitet, die wiederum als Grundlage für die Maßnahmen und Projekte dient. Bürgerbeteiligung ist dabei ein wichtiges Schlagwort.

Aufgrund der zehnjährigen Dauer ist ein KPLE immer als komplementär zu aktuellen politischen Programmen anzusehen, die von den Wahlergebnissen abhängig sind.

Das Antragsverfahren des KPLE beruht auf einem komplizierten Wechselspiel zwischen Wallonischer Region und Gemeinde: Die Gemeinde muss erstens die Durchführung des KPLE beschließen, zweitens die Finanzierung einer Begleitung für die Erstellung und Umsetzung des KPLE bei der Wallonischen Region beantragen.

Ein Antrag kann nur von einer ländlichen Gemeinde gestellt werden. Eine ländliche Gemeinde wird durch die Tatsache definiert, dass es höchstens 150 Einwohner pro km² gibt, was für alle ostbelgischen Gemeinden außer Kelmis der Fall ist.

Die Wallonische Region bewilligt den Antrag und bestimmt sowie finanziert ein Begleitorgan. Dieses Begleitorgan muss von der Wallonischen Region akkreditiert sein, was in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die WFG und die Fondation rurale de Wallonie (FRW) der Fall ist.

Parallel wird die ÖKLE gegründet. Existiert schon eine ÖKLE aufgrund eines Vorgängerprogramms, kann diese bestehen bleiben und erweitert werden. Teil der ÖKLE sind auch Gemeinderatsmitglieder, jedoch ist deren Anzahl auf 25% begrenzt. Für die Zusammenstellung der ÖKLE wird ein öffentlicher Aufruf gestartet, auf den sich die Bürger bewerben können.

Die ÖKLE erarbeitet auf Grundlage der Analyse des Programmautors und begleitet durch das Begleitorgan die Bürgerbefragung sowie Synthesen der Analyse und der Befragung und entwickelt daraus eine Strategie mit den Hauptzielen sowie die damit verbundenen Projekte und Maßnahmen.

Dieser komplette Programmantrag muss von der Wallonischen Region genehmigt werden. Dieser gesamte Antragsprozess ist sehr umfangreich und langwierig und dauert zwei bis drei Jahre.

Die Umsetzungsphase beträgt in der Regel zehn Jahre. Es gibt grundsätzlich zwei Arten von Projekten: Infrastrukturprojekte sowie Maßnahmen, Aktionen und kleine Projekte.

Für Infrastrukturprojekte wird eine Förderkonvention mit der Wallonischen Region abgeschlossen. Die Bezuschussung beträgt je nach Art des Projekts 60 bis 80 % der Gesamtkosten.

Ein Infrastrukturprojekt kann einige Jahre beanspruchen. Daher sind Maßnahmen, Aktionen und kleine Projekte, die unabhängig von der Förderung durch die Wallonische Region durchgeführt werden können, sehr wichtig.

2. LEADER

LEADER ist ein EU-Förderprogramm zur Entwicklung des ländlichen Raums und steht für die Verbindung zu Aktionen zur ländlichen Wirtschaft (französisch: Liaisons entre actions de développement de l'économie rurale). Es handelt sich immer um gemeindeübergreifende Projekte und Initiativen, die nach dem bottom-up-Prinzip entwickelt werden.

In Bezug auf die Finanzierung fördert LEADER immer nur die Anschubfinanzierung, humane Ressourcen und Sensibilisierungskampagnen, jedoch nicht Investitionen und Infrastrukturprojekte.

Knapp 39 % der Mittel für eine LAG werden durch die EU, rund 51 % durch die Wallonische Region bzw. die Deutschsprachige Gemeinschaft und 10 % von den Gemeinden selbst getragen.

Eine LAG ist eine Lokale Aktionsgruppe, die sich aus öffentlichen und privaten Akteuren zusammensetzt. Sie ist der Motor und das Steuerorgan des LEADER-Prozesses auf dem Gebiet der betroffenen Gemeinden. Die Koordination der LAG wird von der WFG sichergestellt, die Projekte werden aber von den lokalen Akteuren selbst umgesetzt.

Um einen Antrag stellen zu können, muss zunächst das Gebiet bestimmt werden. Eine LAG muss aus mindestens drei Gemeinden bestehen, die weniger als 200 Einwohner pro km² zählen. Die Gemeinden müssen aneinandergrenzen und die Gesamteinwohnerzahl muss zwischen 10.000 und 70.000 Einwohnern liegen.

In einem zweiten Schritt müssen die Gemeinden auf Partnersuche gehen. Mindestens 51 % der Partner müssen privat sein.

Drittens wird die lokale Entwicklungsstrategie erstellt, die als Referenzdokument für die LAG dient. Sie besteht aus einer Analyse der Ist-Situation, aus einer Stärken-Schwächen-Analyse, aus Perspektiven für das Gebiet und aus Projektbeschreibungen. D. h., bereits bei der Antragstellung müssen die Projekte skizziert werden. Es ist unmöglich, neue Projekte im Laufe des Programms einzureichen.

Die gesamte Antragsphase zur Vorbereitung des LEADER-Programms kann rund drei Jahre in Anspruch nehmen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehen zwei LAG.

Die LAG „100 Dörfer – 1 Zukunft“ setzt sich aus den Gemeinden Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und St. Vith zusammen, was ein Gebiet von rund 628 km² und 30.200 Einwohnern ausmacht. Die LAG wurde im Jahr 2002 gegründet.

Als Beispiel für ein Projekt kann das Wanderknotenpunkt- und Wegenetzsystem der Tourismusagentur Ostbelgien genannt werden.

Die zweite LAG ist „Zwischen Weser und Göhl“. Sie wurde 2016 gegründet und erstreckt sich mit den Gemeinden Eupen, Lontzen und Raeren auf ein Gebiet von rund 205 km² mit 35.756 Einwohnern. Die ersten Projekte starteten Anfang 2017, darunter ein Projekt zur Förderung, Verbesserung und Vermarktung des Wirtschaftsraums, das von der WFG selbst während eines Zeitraums von vier Jahren umgesetzt wird. Ziele sind dabei die Vermarktung des Wirtschaftsstandorts, die Stimulierung des Unternehmergeistes und die Stärkung der Vitalität der Dorfkernzentren.

IV. Studienfahrt



Regionale Wirtschaftskreisläufe, Kreislaufwirtschaft und Lokalwährungen in Luxemburg

*Informationsbesuch
in den Gemeinden Beckerich und Wiltz am 8. September 2017*

Ziel des Besuchs der luxemburgischen Gemeinden Beckerich und Wiltz war, sich über die Rolle der Politik bei der Entwicklung von Projekten zur Regionalwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und zu Lokalwährungen zu informieren.

Neben Ausschussmitgliedern, beratenden Mandataren und Fraktionsmitarbeitern nahmen Vertreter von Gemeindekollegien, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und des Fördervereins St. Vith teil. Darüber hinaus sind die Juniorenkammern, die Mittelstandsvereinigungen, die Ostbelgien Invest, der Wirtschafts- und Sozialrat und der Rat für Stadtmarketing der Stadt Eupen eingeladen worden.

Die Erläuterungen zur Lokalwährung *Beki* sind in den vorangegangenen Beitrag zu Lokalwährungen eingeflossen (siehe Seite 29). Der folgende Bericht stellt eine Zusammenfassung der Vorträge und Diskussionen zu den Wirtschafts-, Energie- und Sozialprojekten in Beckerich und den Kreislaufwirtschaftsprojekten in Wiltz dar.

1. Beckerich – Vorstellung der Projekte im Wirtschafts-, Energie- und Sozialbereich und Austausch zur politischen Umsetzung

Camille Gira, damaliger Staatssekretär für nachhaltige Entwicklung und Umwelt und ehemaliger Bürgermeister Beckerichs, erläuterte, welche Entwicklung die Gemeinde Beckerich durchlebt hat, welche Projekte angestoßen und wie sie politisch umgesetzt worden sind.

Die Stahlkrise in den 1970er- und 1980er-Jahren führte zu herben Einkommensverlusten in vielen Familien. Die Menschen zogen weg, es gab viel Leerstand. Der einzige soziale Zusammenhalt im Dorf blieb durch das Vereinsleben erhalten.

1982 wurde Camille Gira Beigeordneter des Bürgermeisters und mit seinen Gemeindekollegen gründete er einen Verein zur Dorferneuerung.

Der Verein definierte zunächst die Stärken der Region. Darunter fiel die Bausubstanz, die zwar heruntergekommen war, aber kaum Kriegsschäden davongetragen

hatte. Die Dorfhäuser wurden renoviert und in Wert gesetzt, mit dem Ziel, dass die Dorfbewohner wieder einen gesunden Stolz für ihre Heimat entwickeln.

Nach dieser ersten Maßnahme wurden Projekte mit Fokus auf nachhaltige Entwicklung angestoßen. Die Projekte lassen sich in drei Bereiche einteilen: Wirtschaft, Energie und sozialer Bereich.

1.1. Projekte im Wirtschaftsbereich

Als erstes Projekt im Wirtschaftsbereich hat man die Erschließung der Quelle und den Vertrieb des Beckericher Mineral- und Quellwassers in Angriff genommen. Dazu hat man die Hilfe eines Investors in Anspruch genommen, die Quelle ist aber im Besitz der Gemeinde geblieben und sie ist zu 15 % an dem Unternehmen beteiligt. Zudem hat sie einen Festbetrag pro Liter verkauftem Wasser ausgehandelt.

In einer zweiten Phase wurden Projekte zur Gewinnung erneuerbarer Energien angestoßen: die Errichtung einer Biogasanlage und später einer Hackschnitzelanlage. Camille Gira war der Auffassung, dass erneuerbare Energien eine Chance für den ländlichen Raum darstellen, weil er Energie für die Städte mit produzieren kann. Wichtig ist, dass die Energieproduktion nicht alleine in Händen von Multinationals liegt, sondern auch von Bürgern, Genossenschaften und Gemeinden mitgestaltet wird. Die Anlagen liegen in Händen einer Genossenschaft, die aus 19 Landwirten besteht.

Als dritte Chance für den ländliche Raum sieht Camille Gira das Internet: Mit dem Internet haben die Bewohner im ländlichen Raum Zugriff auf dieselben Angebote und Informationen wie Stadtbewohner. Die schnell kommunizierten Informationen können seiner Meinung nach im ländlichen Raum unbürokratischer genutzt und umgesetzt werden als in Städten. Zudem hat das Internet das Phänomen der delokalisierten Arbeitsplätze hervorgerufen. Gerade im Dienstleistungssektor ist der Standort eines Unternehmens oft unbedeutend, solange die Internetverbindung gut ist.

Ein weiteres wirtschaftliches Standbein einer ländlichen Gemeinde ist der Tourismus. Wenn sie in Tourismus investiert, entstehen mittelfristig auch private Angebote.

Ein weiteres Projekt zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft ist die Einführung der Lokalwährung *Beki*.

Zusammenfassung der Prinzipien im wirtschaftlichen Bereich:

- bestehende Ressourcen nutzen,
- „Herr der Dinge“ bleiben,

- den Mehrwert vor Ort halten,
- sich ein Profil geben und Prioritäten setzen,
- regionale Kreisläufe schließen,
- intelligente Synergien aufbauen,
- langfristig denken,
- „Nein“ sagen können.

1.2. Projekte im Energiebereich

Neben Investitionen in Energieprojekte ist es aber auch wichtig, den Energieverbrauch zu senken. Aus diesem Grund ist die Umweltsteuer in Beckerich verhältnismäßig hoch: Man möchte die Menschen dazu anregen, Wasser und Strom zu sparen. Für benachteiligte Familien gibt es bestimmte Unterstützungsmaßnahmen.

Zudem ist es wichtig, neuen, innovativen Projekten eine Chance zu geben. Wenn die öffentliche Hand den ersten Schritt macht, ziehen Privatunternehmen und -personen meist nach.

Ein weiterer Bereich ist die Förderung der Elektromobilität. Elektromobilität ist gerade in einem kleinen Land wie Luxemburg von großem Interesse, da meistens nur kurze Strecken zurückgelegt werden.

Zusammenfassung der Prinzipien im ökologischen Bereich:

- seine Macht als wirtschaftlicher Akteur ausspielen,
- alle Akteure sensibilisieren,
- mit gutem Beispiel vorangehen,
- Alternativen anbieten (z. B. im Bereich der Mobilität),
- den Leuten den Weg zeigen,
- regelmäßige Evaluierungen vornehmen (die Bevölkerung auf dem Laufenden halten).

1.3. Projekte im sozialen Bereich

Im sozialen Bereich geht es darum, Infrastrukturen zu schaffen für Menschen aller Altersklassen, damit diese in der Region gehalten bzw. angezogen werden. Wichtig dabei ist, die Identität der Region zu erhalten, sodass sich die Menschen auch mit ihr identifizieren.

Einerseits gilt es, die Schulen in den Dörfern zu erhalten. Andererseits wurden auch neue Strukturen geschaffen, z. B. das Zentrum für außerschulische Betreuung „Dillendap“. In diesem Zentrum werden alle Kinder im Kindergarten- und Grund-

schulalter vor der Schule, während der Mittagspause, nach der Schule und in Ferienzeiten betreut.

Das „Dillendap“ stellt mittlerweile einen weichen Standortfaktor für Beckerich dar. In der Tat befindet sich Beckerich unter den zehn Gemeinden in Luxemburg, die die jüngste Bevölkerung aufweisen. Das Kinderbetreuungsangebot spielt sicherlich eine Rolle dabei, dass junge Familien sich hier niederlassen.

Neben dem „Dillendap“ bestehen auch ein Altenheim, das von der Gemeinde getragen wird, sowie eine Behindertenwerkstatt für autistische Erwachsene. Für wirtschaftlich benachteiligte Menschen besteht ein Programm zur Vorfinanzierung der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen.

Eine weitere Herausforderung stellt die Integration von Ausländern dar. In Luxemburg allgemein beläuft sich die Anzahl Ausländer an der Gesamtbevölkerung auf 46 %, in Beckerich sind es rund 35 %. Wichtig ist, Integration proaktiv zu fördern. Integration gelingt häufig über kulturelle Projekte.

Zusammenfassung der Prinzipien im sozialen Bereich:

- proaktiv handeln,
- Politik des Angebots befürworten,
- menschengerechte Infrastrukturen aufbauen (nicht zu groß),
- zielgerichtete Projekte und Aktionen ausarbeiten,
- Handlungsfreiheit schaffen und Toleranz üben.

1.4. Fazit

Was ist nun der Schlüssel zum Erfolg? Für eine kleine Gemeinde wie Beckerich ist die Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen wichtig. So wurde beispielsweise ein Zweckverband gegründet, der für zehn Gemeinden zwei Gewerbezone betreibt. Wichtig ist aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Ländern

Höchste Priorität hat jedoch die Zusammenarbeit mit den Bürgern. Nur mit echter Bürgerbeteiligung lassen sich die zahlreichen Projekte umsetzen und zum Erfolg bringen. So hat man die Kommissionssitzungen der Gemeinde für alle Dorfbewohner geöffnet. Zu einem bestimmten Zeitpunkt ist aus fast jedem zehnten Haushalt ein Familienmitglied in einer Kommission vertreten gewesen. Dadurch ist eine intensive Kommunikation zwischen der Politik und den Bürgern entstanden und die Projekte sind durchweg mit ihnen entwickelt worden. Dieser Aspekt ist wichtig: Man darf den Bürgern kein fertiges Projekt präsentieren.

Camille Gira vertrat die Meinung, die Zeit, in der die Politik alle Entscheidungen alleine trifft, ist vorbei. Nun steht man vor der Herausforderung, neue Wege zu fin-

den. Man benötigt Modelle, in die auch die Opposition und die Bürger einbezogen werden. Die Menschen können mit der klassischen Parteipolitik und ihren Konflikten nichts mehr anfangen. Deshalb muss man versuchen, Menschen zu mobilisieren und an einen Tisch zu bringen und die Probleme gemeinsam anzugehen. So lernen sie auch, was es bedeutet, Kompromisse einzugehen.

Zur Umsetzung von Maßnahmen auf Gemeindeebene sprach er sich für das LEADER-Programm aus. Neben der Entwicklung im ländlichen Raum benötigt die Landesregierung aber natürlich auch eine eigene und langfristige Vision für ihr Land. Er betonte, dass die Langfristigkeit der Projekte auch ein wichtiges Kriterium ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass man den Menschen die Stärken und Schwächen der Gemeinde aufzeigen und genaue Ziele definieren muss. Dann kann man die Bevölkerung beteiligen und gemeinsam Projekte entwickeln. So entsteht eine Dynamik und die Projekte sind wirklich an die Region gebunden und werden von der Bevölkerung getragen.

2. Wiltz – Kreislaufwirtschaft, Klimapakt

Pierre Koppes, Schöffe der Gemeinde Wiltz zuständig für Kreislaufwirtschaft, erklärte einleitend, warum Wiltz eine Vorreiterfunktion in der Kreislaufwirtschaft einnehmen möchte.

Die Kreislaufwirtschaft ist als das Potenzial identifiziert worden, um die Gemeinde aktuell und für die Zukunft attraktiv zu machen. Die Gemeinde erhofft sich durch die Investition in die Kreislaufwirtschaft die Schaffung neuer, qualitativer Arbeitsplätze.

Die Idee ist die Schaffung eines Kompetenzzentrums, sodass das Know-how, das sich in Wiltz entwickelt, danach auch anderen Regionen zugutekommen kann. Zudem wird eine Studie über Materialströme in Auftrag gegeben, die analysieren soll, welche Materialien in einem Bereich als Überschuss anfallen und anderswo gebraucht werden können.

2.1. Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in Wiltz

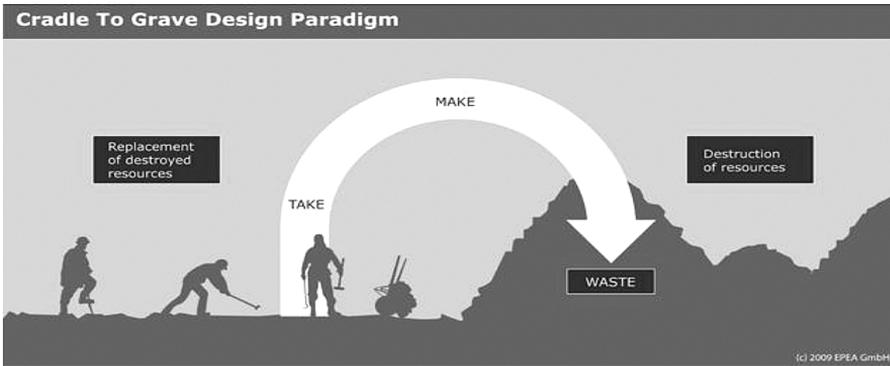
Was ist Kreislaufwirtschaft? Marcel Klesen von der luxemburgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft erklärte das Prinzip.

In einem linearen Wirtschaftssystem werden Rohstoffe genutzt, um Dinge herzustellen – ungeachtet der Tatsache, ob und wie viel Abfall am Ende der Kette übrig

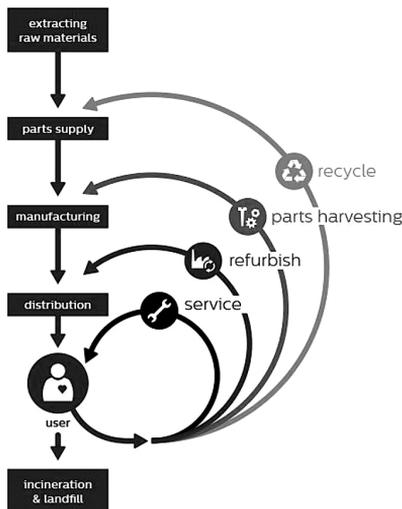
bleibt. Ressourcen werden also zerstört. In der Kreislaufwirtschaft geht es darum, die unterschiedlichen Kreise (biologischer Kreislauf, technischer Kreislauf) zu schließen.



Linear Economy



Circular Economy in Luxembourg



All these steps are feasible in Luxembourg:

- Value creation
- Employment
- Resource gathering
-
- Value creation
- ...



In der Kreislaufwirtschaft wird von Anfang darüber nachgedacht, wie das Produkt wiederverwendet werden kann. Es geht also nicht nur um die Reduzierung und das Recycling des Mülls, sondern um Wiederverwertung und das sogenannte „Upcycling“.

Eine Studie aus dem Jahr 2014 hat aufgezeigt, dass die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in Luxemburg 300 Millionen bis eine Milliarde Euro an Materialkosten jährlich einsparen, 2.200 Arbeitsplätze für junge arbeitslose Menschen schaffen, eine Unabhängigkeit vom Finanzsektor schaffen und den Übergang zu einer Dienstleistungsgesellschaft stärken kann.

Warum wurde nun Wiltz als Laboratorium für die Kreislaufwirtschaft auserkoren? Wiltz hat einen historischen industriellen Hintergrund, die Gemeinde kämpft mit dem Weggang der jungen Generation und sie steht vor Herausforderungen bezüglich des schwankenden Wirtschaftswachstums und der sozialen Verantwortung.

Projekte zur Kreislaufwirtschaft werden anhand der Multi-Stakeholder-Methodik umgesetzt, die in Wiltz bereits erprobt ist. D. h., dass nicht nur die Politik den Ton angibt, sondern alle zusammen.

In Wiltz sind neben der Gemeinde die Unternehmen der Industriezone Salzbaach, der luxemburgische Staat, die Agentur myenergy und der nationale Immobilienfonds an der Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsprojekte beteiligt. Sie verfolgen dasselbe Ziel, übernehmen aber unterschiedliche Aufgaben.

Wichtig bei der Multi-Stakeholder-Methodik ist die Kommunikation zwischen den Partnern. Ein Koordinator, der im Auge behält, dass alle in dieselbe Richtung arbeiten, ist dabei unerlässlich.

Zuletzt ging Marcel Klesen auf ein Immobilienprojekt ein, das die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft respektiert. Dafür sollen die Materialien so verbaut werden, dass sie wiederverwendet werden können; Infrastrukturen werden so geplant, dass sie anders genutzt werden können (z. B. multifunktionelles Parkhaus); nachhaltige Energiequellen werden bevorzugt; soziale Aspekte wie die Mischung verschiedener Kulturen und Einkommensklassen werden berücksichtigt.

Die Industriezone Salzbaach wurde von Agnes Parmentier, Mitarbeiterin des Unternehmens Tarkett, vorgestellt.

In der Industriezone Salzbaach haben sich verschiedene Unternehmen zusammengetan, um gemeinsam Projekte der Kreislaufwirtschaft zu entwickeln und umzusetzen. Außerdem haben sie sich gemeinsame soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele gesetzt.

Es besteht eine Arbeitsgruppe, die sich aus einem Projektkoordinator sowie Vertretern der beteiligten Unternehmen zusammensetzt. Sie versucht, Synergien auszumachen und Projekte anzustoßen.

Beispiele konkreter Aktionen sind der gemeinsame Energiekauf, gemeinsame Weiterbildungen, aber auch das Teilen von beanspruchten Diensten wie die Schneeräumung oder die Postzulieferung.

2.2. Klimapakt

Der Klimapakt wurde von Lis Cloos, Koordinatorin des Projekts, vorgestellt.

Der Klimapakt beruht auf einem Gesetz des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung aus dem Jahr 2012 und sieht vor, dass die Gemeinden einen Vertrag mit dem Staat Luxemburg abschließen. Durch diesen Vertrag gehen sie Verpflichtungen ein, einerseits die Umsetzung des Qualitätsmanagementsystems European Energy Award und andererseits die Führung einer Energiebuchhaltung für gemeindeeigene Gebäude, Fahrzeuge und Straßenbeleuchtung. Ziele des Klimapakts sind, die Umwelt zu schützen, Treibhausgasemissionen zu begrenzen und Energie zu sparen sowie die lokale Wirtschaft zu fördern und lokale Arbeitsplätze zu schaffen.

Der European Energy Award ist vor rund 25 Jahren in der Schweiz entstanden und beinhaltet ein Zertifizierungssystem basierend auf 79 Maßnahmen und sechs Themenbereichen:

- Entwicklungsplanung und Raumordnung,
- Gemeindegebäude und -infrastrukturen,
- Versorgung und Entsorgung,
- Mobilität,
- interne Organisation sowie
- Kommunikation und Kooperation.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags setzt jede Gemeinde ein Klimateam ein und nimmt eine Bestandsaufnahme anhand des Maßnahmenkatalogs vor. Außerdem wird ein Energie-Audit für alle gemeindeeigenen Gebäude durchgeführt. Nach einer Evaluierung und dem durch Externe durchgeführten Audit erhalten die Gemeinden Zuschüsse für die Umsetzung der definierten Maßnahmen. Die Zuschüsse sind an die Einwohnerzahl gekoppelt. Neben den Zuschüssen ist eine gesetzliche Pauschalförderung in Höhe von 10.000 Euro vorgesehen.

Luxemburg ist das einzige Land, das den European Energy Award an so hohe finanzielle Anreize koppelt. Der Anreiz für die Gemeinden ist aber nicht nur finanzieller Natur. Durch die getätigten Investitionen erhalten sie auch nachhaltigere

und qualitativere Infrastrukturen. Und wenn die öffentliche Hand als Erster in Nachhaltigkeit investiert, ziehen auch die Privatunternehmen nach.

Die Kreislaufwirtschaft soll 2018 in den Kriterienkatalog aufgenommen werden und die Gemeinden sollen dann auch anhand der Kreislaufkriterien bewertet werden.



V. Masterarbeit



Nachhaltige ländliche Entwicklung in Ostbelgien

Masterarbeit von Jan Zegel

Im Herbst 2017 beschloss der Ausschuss, eine Masterarbeit zum Thema „nachhaltige ländliche Entwicklung im Rahmen der heutigen Gemeindeautonomie“ auszuschreiben. Mit Jan Zegel, Student im Studiengang Politikwissenschaft der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, wurde ein Kandidat gefunden, der dem Auftrag nachgekommen ist. J. Zegel reichte seine Masterarbeit am 28. September 2018 ein und stellte seine Analyseergebnisse am 9. Oktober 2018 im Ausschuss vor.

In der Tat hatte sich aus den bisherigen Anhörungen, Veranstaltungen und Besuchen die ländliche Entwicklung als eine für die Deutschsprachige Gemeinschaft interessante Querschnittspolitik herausgestellt. Der Ausschuss wollte in Erfahrung bringen, wie die aktuellen Instrumente der ländlichen Entwicklung in den einzelnen Gemeinden des deutschen Sprachgebiets genutzt werden und wo die Gemeindevertreter Entwicklungspotenzial sehen.

Neben einer Analyse der Ist-Situation und der auszuschöpfenden Spielräume stand daher eine Befragung der Gemeindevertreter im Mittelpunkt der Arbeit. Des Weiteren wurden die Ministerin, die die Aufsicht über die lokalen Behörden innehat, sowie der Vorsitzende des für lokale Behörden zuständigen Parlamentsausschusses und ein Mitarbeiter der WFG, die als Partner für die Umsetzung der Programme der ländlichen Entwicklung auftritt, befragt. Die Ergebnisse der Experteninterviews flossen in die Analyse ein.

Dieses Kapitel enthält eine Synthese der im Hinblick auf das gesellschaftspolitische Thema des Ausschusses wesentlichen Ergebnisse der Masterarbeit. Die vollständige Arbeit ist in der Parlamentsbibliothek einsehbar.

1. Ländlicher Raum und ländliche Entwicklung

1.1. Probleme des ländlichen Raums

Trotz der Diversität ländlicher Räume gibt es gemeinsame Entwicklungstendenzen. Eine Grundtendenz der jüngeren historischen Entwicklung ist der Bedeu-

tungsverlust der Landwirtschaft als Arbeitssektor. Der ländliche Raum wird auch heute meist noch als "production landscape" gesehen und verstanden.

Durch die technische Entwicklung kam es in der Vergangenheit jedoch zu einer Überproduktion und eine große Zahl von Menschen, deren Arbeitskraft in der Landwirtschaft nicht mehr benötigt wurde, zog in die Städte. Dies führte und führt zu einem Defizit an Einwohnern in vielen ländlichen Gegenden. Insgesamt verschob der ländliche Raum in Europa und anderen entwickelten Ländern so seine wirtschaftliche Orientierung von der Produktion zur Konsumtion.

Neben grundlegenden allgemeinen Entwicklungen gibt es auch (durch diese bedingte) Probleme und Problemzusammenhänge des ländlichen Raumes, die gemeinhin als für diesen typisch betrachtet werden. (Ökonomisch bedingte) Landflucht bzw. eine negative Entwicklung der Einwohnerzahl ist dabei der Hauptantrieb negativer Veränderungsprozesse, wie sie im Folgenden beschrieben werden.

Einwohnerzahl und demografische Zusammensetzung

Generell ist global ein langsames Wachstum der Einwohnerzahl in ländlichen Räumen (im Vergleich zu städtischen Räumen) oder gar eine Abnahme der Einwohnerzahl zu verzeichnen. Dabei liegt die Fortpflanzungsrate in ländlichen Räumen oft nicht unter der in städtischen. Der Grund für eine Abnahme der Einwohnerzahl liegt häufig in einer Abwanderungsbewegung von Land zu Stadt.

Tendenziell ziehen vor allem jüngere Menschen vom Land in die Stadt. Das verschärft für den ländlichen Raum das allgemein für westliche Gesellschaften diagnostizierte Problem des sogenannten demografischen Wandels oder der Überalterung. Generell sind es weiterhin eher gut ausgebildete Menschen, die in die Stadt ziehen, was den durchschnittlichen Bildungsstand der Einwohner ländlicher Räume senkt sowie einen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung haben kann. Außerdem wandern mehr Frauen ab, was zu einer Verschiebung des Geschlechterverhältnisses in der Einwohnerschaft mancher ländlicher Räume hin zu einem Männerüberhang führt; dies betrifft vor allem ökonomisch schwache, abgelegene dünn besiedelte Räume.

Solche Tendenzen lassen sich unter dem Stichwort selektive Abwanderung zusammenfassen. Auf der anderen Seite wandern weniger Menschen in den ländlichen Raum ein, auch Migrantenströme aus dem Ausland münden eher im städtischen Raum.

Infrastrukturschwäche

Der ländliche Raum weist gemeinhin eine schwächer ausgebildete Infrastruktur auf als der städtische. Dies betrifft sowohl die öffentliche Infrastruktur (z. B. Schu-

len) als auch private Infrastruktur (z. B. Geschäfte zur Güterversorgung). Je nach Entwicklung des konkreten Raums kann Infrastruktur auch einem Abbau unterworfen sein, beispielsweise wenn Einwohnerzahlen abnehmen und die Infrastruktur deshalb immer weniger ausgelastet wird und folglich unrentabel wird (oder seltener, wenn in ländlichen Räumen durch abnehmende Finanzkraft öffentliche Infrastruktur nicht mehr unterhalten werden kann).

Neben einem Abbau steht eine mögliche Tendenz zur Zentralisierung: Infrastruktur kann sich zunehmend in Zentralorten konzentrieren, was weiter entfernte Orte stärker von ihr abschneidet. Für private Infrastruktur kann auch zunehmende private Mobilität eine Bedrohung sein.

Räumliche Mobilität

Ein Unterbereich der Infrastruktur ist die Mobilitätsinfrastruktur, die in Zusammenhang mit persönlicher (räumlicher) Mobilität steht. Diese ist im ländlichen Raum oft von besonderer Bedeutung. Die geringere Infrastrukturdichte bedingt, dass Menschen im ländlichen Raum weitere Strecken zu Geschäften, Schulen usw. zurücklegen müssen; schlechtere Mobilitätsinfrastruktur senkt die Erreichbarkeit dieser Einrichtungen.

Die Mobilität der Menschen insgesamt nimmt jedoch gleichzeitig tendenziell zu: Die zunehmende Verbreitung privater Pkws usw. machte die Menschen im letzten Jahrhundert mobiler, moderne Informationstechnik macht Menschen sogar zunehmend unabhängig von (eigener) räumlicher Mobilität. Besonders ältere und sozial schwächer gestellte Menschen können schlechte(re) öffentliche Mobilitätsinfrastruktur jedoch immer noch schlechter durch private Mobilität ausgleichen.

Arbeitsplatzangebot und Arbeitslosigkeit

Der Niedergang der Landwirtschaft als Arbeitgeber (nicht als Güterproduzent) veränderte die Arbeitsmarktstruktur ländlicher Räume fundamental, auch im ländlichen Raum fand eine Verschiebung vom primären Sektor hin zum sekundären und tertiären Sektor statt. Generell weist der ländliche Raum eine höhere Arbeitslosenquote auf als der städtische, was Wanderungsbewegungen befördert. Im Vergleich konkreter Räume ist dies jedoch nicht immer so.

1.2. Politik der Entwicklung des ländlichen Raums

Ländliche Entwicklung kann als Entwicklungspolitik verstanden werden, die der ländlichen Bevölkerung zugutekommt; unter Entwicklung ist dabei die ständige Verbesserung der Lebensstandards und des Gemeinwohls zu verstehen.

Aus dieser gängigen Definition ländlicher Entwicklung ergibt sich als zentraler Punkt, dass es sich dabei um ein äußerst breit angelegtes Querschnittspolitikfeld handelt: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Umweltpolitik sind nur drei Politikfelder, die für ländliche Entwicklung relevant sind. Eine Eingrenzung ländlicher Entwicklung als Politikfeld ist dabei abzulehnen, da sich die Breite in der Anlegung auch aus den vielfältigen typischen Problemlagen des ländlichen Raums, die zuvor kurz beleuchtet wurden, und aus der Betrachtung der Komplexität der spezifischen Problemlagen jedes spezifischen ländlichen Raumes ergibt.

Ländliche Entwicklung überschneidet sich dabei häufig mit Regionalentwicklung, der eine ähnliche Zielsetzung, nur mit anderem Bezug, zugrunde liegt: Regionalentwicklung bezieht sich auf rein geografisch definierte Räume (diese können in Abhängigkeit zu Verwaltungseinheiten (z. B. Bundesländern) bestimmt sein oder nicht), die keiner weiteren Klassifizierung unterliegen.

1.3. Die Deutschsprachige Gemeinschaft als ländlicher Raum

Wie der ländliche Raum generell steht auch das Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem Spannungsfeld zwischen Einheitlichkeit und Vielfältigkeit. Ihr Charakter als ländlicher Raum steht dabei außer Frage, jedoch lässt sich anhand einiger Punkte aufzeigen, dass Unterschiede im Grad der Ländlichkeit bestehen.

Die UN verzeichnet für Belgien von 1950 bis 2017 ein Sinken der Einwohnerzahl ruraler Gebiete von etwa 737.000 auf etwa 233.000 (ein Absinken von 68 Prozent), während die Einwohnerzahl urbaner Gebiete im gleichen Zeitraum von etwa 7.900.000 auf etwa 11.196.000 stieg (ein Anstieg von 42 Prozent).

Dies entspricht in der Tendenz der Entwicklung Westeuropas insgesamt, auch wenn die Stärke der Entwicklung des Absinkens der Einwohnerzahlen des ländlichen Raums sehr deutlich über dem westeuropäischen Gesamtwert und die Stärke der Entwicklung des Ansteigens der Einwohnerzahlen des urbanen Raums deutlich über dem westeuropäischen Gesamtwert liegt. Für das Jahr 2050 wird ein weiteres Absinken von 40 Prozent bzw. ein weiteres Ansteigen von zehn Prozent prognostiziert (eine Angleichung der belgischen Entwicklung an die gesamtwesteuropäische).

Davon unabhängig wird jedoch für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein kontinuierlicher Anstieg der Einwohnerzahl bis mindestens zum Jahr 2060 vorausgesagt. Mit einer schleichenden „Entvölkerung“ ist somit zunächst nicht zu rechnen. Jedoch wird diese Entwicklung wahrscheinlich weitgehend nicht durch natürliches Wachstum (durch einen Überschuss an Geburten gegenüber Sterbefällen)

verursacht, sondern durch Zuwanderung. Im Rahmen des Anstiegs der Einwohnerzahl wird sich laut Prognosen auch in Zukunft eine Entwicklung fortsetzen, die bereits in der Vergangenheit zu beobachten war: eine Verschiebung der Alterszusammensetzung hin zu mehr Älteren. Während der Anteil der 0- bis 14-Jährigen laut Prognose bis 2060 relativ konstant bleiben wird, wird die Zahl der über 65-Jährigen stark zunehmen, um etwa 46 Prozent, und die Zahl der 15- bis 64-Jährigen abnehmen, um etwa neun Prozent.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist ein ländlicher Raum im Sinne der OECD-Klassifikation. Bei drei der neun Gemeinden (Eupen, Lontzen und Kelmis) liegt die durchschnittliche Einwohnerzahl pro Quadratkilometer über dem Grenzwert der OECD zur Klassifikation ländlicher Gemeinden von 150, jedoch liegt der Anteil an Einwohnern in den als ländlich einzustufenden Gemeinden insgesamt hoch genug. Die Gemeinde Eupen verfügt über die höchste Einwohnerzahl, jedoch nur über die dritthöchste Einwohnerdichte (durchschnittliche Einwohnerzahl pro Quadratkilometer). Unter den drei nicht ländlichen Gemeinden sticht die Gemeinde Kelmis hervor, deren Einwohnerdichte mit 610,4 mehr als dreimal so hoch ist wie die der Gemeinde mit der zweithöchsten Einwohnerdichte.

Für die beiden Kantone insgesamt ergibt sich folgendes Bild: Der Kanton Eupen verfügt insgesamt über 46.989 Einwohner bei einer Fläche von 224,8 Quadratkilometern, der Kanton St. Vith dagegen insgesamt über 30.376 Einwohner und eine Fläche von 628,84 Quadratkilometern. Daraus ergibt sich eine Einwohnerdichte von (gerundet) 209 bzw. 48. Die Einwohnerdichte des Gebiets der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt mit 90,4 deutlich unter der Einwohnerdichte Belgiens im Jahr 2017 von 377,5 insgesamt.

Verzerrt wird der Vergleich der Einwohnerdichte der Gemeinden u. a. durch die verschiedenen Anteile an Waldflächen an der Gemeindefläche. So weist die besonders städtisch geprägte Gemeinde Eupen den höchsten Anteil an Waldfläche auf. Dabei ist die Waldfläche für den naturräumlichen Charakter gerade in Hinsicht auf dessen Ländlichkeit auch stark prägend; insgesamt weist die Deutschsprachige Gemeinschaft mit 48,8 Prozent einen sehr hohen Anteil an Waldfläche auf.

Hinsichtlich der Landwirtschaft im engeren Sinne zeigt sich tendenziell, dass sie im Südkanton noch prägender für die naturräumliche Gestaltung der Gemeinden ist, denn die Gemeinden des Südkantons weisen höhere Anteile landwirtschaftlicher Flächen auf, einen Ausreißer bildet dabei die Gemeinde Lontzen.

Von 2007 bis 2016 nahm die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft um 28 Prozent ab. Mit wenigen zeitraumbezogenen Ausnahmen gilt diese Tendenz für alle Gemeinden über die Zeit hinweg. Diese

Entwicklung weist einerseits auf die Tendenz des Aussterbens kleiner Betriebe mit Konzentration landwirtschaftlicher Flächen unter der Bearbeitung durch Großbetriebe und andererseits auf die generelle Abnahme von Landwirtschaft hin.

Die Anbindung an Verkehrsnetze ist für den ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Hier zeigt sich im Vergleich der beiden Kantone ein Gefälle im Bereich der öffentlichen Mobilitätsinfrastruktur. Im Nordkanton führt die Autobahn zumindest auf kurzer Strecke durch Eupen, Lontzen und Raeren, im Süden immerhin durch Amel und St. Vith. Nur im Nordkanton finden sich außerdem Anschlüsse an den Personenverkehr per Bahnlinie. Entsprechend der höheren Einwohnerdichte ist der flächenmäßig kleinere Nordkanton auch stärker durch das Straßenwegnetz erschlossen.

Die zunehmende europäische Integration erhöht dabei die innereuropäische Mobilität von Menschen, Gütern und Kapital und mildert dadurch den tendenziell peripheren Charakter von innereuropäischen Grenzregionen, da durch den Abbau von Grenzen besonders Grenzregionen für Ströme auch aus dem Ausland geöffnet werden, die sonst geografisch einseitig abgeschnitten wären. Relevant ist dies für die Deutschsprachige Gemeinschaft z. B. bezüglich der Pendlerströme.

Es ist anzunehmen, dass Grenzregionen besonders verletzlich hinsichtlich internationaler Entwicklungen sind, also besonders den Spannungen ausgesetzt sind, die sich durch stark ausgeprägte Unterschiede zwischen Staaten, etwa bei Lohn- und Steuerniveaus, ergeben.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass es sich bei der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht um eine sich entvölkernde, gar aussterbende ländliche Region handelt. Stattdessen deuten auch der Anteil der ausländischen Staatsbürger und steigende Grundstückspreise darauf hin, dass es sich um einen weitgehend attraktiven Lebensraum handelt. Die Prägung durch Landwirtschaft und Waldgebiete belegt den naturräumlich ländlichen Charakter der Region, wenn auch entsprechend der allgemeinen Tendenz die Bedeutung der Landwirtschaft abnimmt und einer Konzentration unterworfen ist. Die europäische Integration schwächt den Charakter als Grenzregion ab. Dies betrifft jedoch stärker den Nordkanton, der auch durch stärkeren städtischen Charakter und eine bessere Verkehrsanbindung sowohl in Relation weniger ländlich als auch weniger peripher geprägt ist. Hier besteht ein internes Nord-Süd-Gefälle.

1.4. Instrumente zur Entwicklung des ländlichen Raums

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden vor allem das Kommunale Programm zur Ländlichen Entwicklung (KPLE) und das LEADER-Programm von den

Gemeinden umgesetzt. Da diese beiden Programme bereits ausführlich in dem Kapitel über die Anhörung der WFG beleuchtet werden (Seite 35), wird an dieser Stelle darauf verzichtet.

Über Relevanz für die ländliche Entwicklung verfügt für die Deutschsprachige Gemeinschaft auch das Regionale Entwicklungskonzept (REK), das 2008 bis 2009 von der Regierung erarbeitet wurde und sich zurzeit in der zweiten Umsetzungsphase befindet. Beim REK handelt es sich um ein legislaturperiodenübergreifendes Konzept, das jedoch seiner Ausrichtung nach der Regionalentwicklung zuzuordnen ist, nicht konkret der ländlichen Entwicklung.

2. Zusammenfassung der Analyseergebnisse und Schlussfolgerungen

Die Analyseergebnisse und Schlussfolgerungen fußen auf den Experteninterviews mit den Bürgermeisterinnen, der für lokale Behörden zuständigen Ministerin, dem Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für lokale Behörden und einem Mitarbeiter der WFG.

Bezüglich des Charakters des Gebiets der Deutschsprachige Gemeinschaft ist zunächst festzuhalten, dass es in vielerlei Hinsicht als typischer ländlicher Raum erscheint, insofern es weithin über die typischen Merkmale verfügt und vielfach von den typischen Problemen des ländlichen Raumes betroffen ist.

Beispielhaft lässt sich anhand des Gebiets der Deutschsprachige Gemeinschaft aber auch das Problem der Grenzziehung bei Definitionen aufzeigen. Der Ausschluss der Gemeinde Kelmis von der direkten Beteiligung an der LAG und weiterer Gemeinden von der Beantragung von KPLEs aufgrund der Festlegung der Einwohnerdichte als bestimmendes Kriterium bedeutet, dass die betroffenen Gemeinden nicht über dieselben Instrumente zur ländlichen Entwicklung verfügen wie Nachbargemeinden, deren Struktur im Wesentlichen nicht ländlicher ist. Im konkreten Fall betrifft dies jedoch auch nur den urbaneren Norden. Problematisch ist dies vor allem hinsichtlich eingeschränkter Kooperationsmöglichkeiten, durch die sich ländliche Entwicklung (im Fall der LAGs) zumindest kleinregional besser fassen lässt.

Generell wirft der Umstand jedoch ein Licht auf die Gestaltung ländlicher Entwicklung in zusammenhängenden regionalen Räumen mit gemischtem Charakter, die durch die Begrenzung von Instrumenten erschwert werden kann. Andererseits ist eine Eingrenzung der Verfügbarkeit von Instrumenten notwendig, um deren Beschränkung auf Zielräume sicherzustellen.

Hinsichtlich der Probleme, denen die Gemeinden gegenüberstehen, bestätigte sich die Bedeutung der Unterscheidung Nord-Süd. Während der Norden in Zukunft eher potenzieller Wachstumsraum ist, tendiert der Süden eher zur Stagnation. Dieser Unterschied ist offenbar auch den politisch Verantwortlichen bewusst. Hieran lässt sich die innere Diversität von insgesamt als ländlich wahrgenommen und auch per Definition so zu fassenden Räumen aufzeigen. Die Aufteilung in zwei LAGs für die Region spiegelt dabei die Unterschiedlichkeit angemessen wieder.

2.1. Instrumente der ländlichen Entwicklung

Für die Gemeinden stehen in der Wahrnehmung vor allem die KPLEs im Vordergrund, sofern sie darüber verfügen. Dass dabei die KPLEs bzw. das dahinterstehende Programm der Wallonischen Region teils als die ländliche Entwicklung an sich verstanden wird – oder zumindest als organisierte ländliche Entwicklung in Abgrenzung zur unorganisierten – weist darauf hin, dass auch die Etablierung des Begriffs stark dem Programm zu verdanken ist.

Bezogen auf ländliche Entwicklung lassen sich KPLEs, LAGs und REK im weitesten Sinne als Instrumente verstehen, die alle mit der ländlichen Entwicklung in Zusammenhang stehen. Jedoch ist die stark unterschiedliche Natur zu beachten: Vereinfacht gesagt sind KPLEs Projektbündel, LAGs projektgenerierende Kooperationsorganisationen und das REK ist ein politisches Programm mit angeschlossenen Maßnahmen. Unter Beachtung ihrer fundamentalen Unterschiedlichkeit lassen sich diese Instrumente dennoch ihrem Territorialbezug nach aufsteigend anordnen: KPLEs sind bezogen auf Gemeinden, LAGs beziehen sich auf Kleinregionen oder auf Teile der Region und das REK bezieht sich auf die Gesamtregion.

Dabei sind KPLEs und LAGs nach den Programmen, auf denen sie fußen, konkret auf die ländliche Entwicklung bezogen, das REK ist hingegen der Regionalentwicklung zuzuordnen. Über die verschiedenen Gebietsebenen hinweg verfügt die Deutschsprachige Gemeinschaft demnach über Instrumente unterschiedlicher Reichweite, die auf Basis und im Rahmen der verschiedenen Räume einen Beitrag zur ländlichen Entwicklung insgesamt leisten können.

Im Rahmen eines KPLEs bietet sich der einzelnen Gemeinde die größte Gestaltungsfreiheit, bezogen auf Gemeindeautonomie stehen KPLEs somit am stärksten im Einklang mit einer Forderung nach Gemeindeautonomie. Durch ihre Beteiligung an LAGs ergeben sich zwar auch für Gemeinden neue Gestaltungsspielräume durch gemeinsame Ressourcennutzung (auch mit anderen Partnern als Gemeinden), jedoch schränken Aushandlungsprozesse die Selbstbestimmung ein. Der Gemeindebezug des REKs (als übergeordnetes Programm) ist vergleichsweise gering.

Durch ihre Bindung an die einzelne Gemeinde und ihren begrenzten Rahmen sind KPLe weniger geeignet, strukturelle Probleme zu lösen, die eher durch gemeindeübergreifende Kooperation zu lösen sind. Dennoch eröffnen KPLe den Gemeinden die Möglichkeit, größere Projekte zu verwirklichen, die, auch bei nur auf die Gemeinde bezogener Wirkung, die örtliche Lebensqualität verbessern und die Identifikation der Bürger durch Beteiligung mit ihrer Gemeinde verstärken können.

2.2. Bürgerbeteiligung

Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung ist zunächst festzuhalten, dass deren Grad durch die dauerhafte Institutionalisierung in Form der ÖKLe im Rahmen des Programms der Wallonischen Region wesentlich höher ist. Die Verstärkung von Bürgerbeteiligung bedeutet offensichtlich für die Gemeindepolitik eine Einschränkung in ihrer Gestaltungshoheit. Zwar behält die Gemeindepolitik die Entscheidungshoheit, jedoch steht sie einem gewissen Legitimitätsdruck gegenüber, Vorschlägen der Bürgervertretung nachzukommen. Konflikte zwischen Politik und Bürgern wird durch die vorgesehene Beteiligung von Gemeindevertretern an der ÖKLe vorgebeugt, dennoch sind sie nicht völlig auszuschließen.

Auch befinden sich die Gemeinden hinsichtlich der institutionalisierten Bürgerbeteiligung nicht mehr in einer anfänglichen Gewöhnungsphase; die Gemeindevertreter können bereits auf langjährige Erfahrungen zurückblicken und sind dementsprechend an die erhöhte Anforderung gewöhnt. Eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung, wie durch Vertreter der den Gemeinden übergeordneten Ebene in den Interviews angesprochen, könnte die Gemeindeautonomie stärken, sofern die Vorschläge oder Entscheidungen der Bürger, formell oder informell, vor allem die den Gemeinden übergeordnete Ebene binden. Binden sie hingegen vor allem die Gemeindepolitik, würde sich die Gemeindeautonomie nicht vergrößern.

2.3. Ländliche Entwicklung als Querschnittspolitik

Die umfassende Zielsetzung ländlicher Entwicklung, ihr Charakter als Querschnittspolitikfeld, macht es unmöglich, einen engen Bereich an Zuständigkeiten (Kompetenzen) zu fassen, über den eine politische Einheit verfügen muss, um ländliche Entwicklung in ihrem Gebiet umfassend und erfolgreich zu gestalten. Dies gilt generell sowohl für die Ebene der Gemeinden als kleinste Einheiten als auch für übergeordnete Ebenen wie Regionen. Faktisch muss sich Zuständigkeitsverteilung auch an Faktoren wie der politischen Gestaltbarkeit und der Verfügbarkeit von Ressourcen (finanziell, personell etc.) orientieren.

2.4. Nachhaltigkeit

Was Nachhaltigkeit angeht, so zeigte sich, dass der Begriff zwar die politischen Ebenen durchdringt, dass jedoch die Konzeption sehr unterschiedlich ist. Dies war

angesichts der konfliktträchtigen Natur des Begriffs zu erwarten, es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit nachhaltige ländliche Entwicklung einer übergreifenden Definition von Nachhaltigkeit bedarf, um irgendeinem Anspruch der Nachhaltigkeit gerecht werden zu können. Dass die Ergebnisse von Bürgerentscheiden bereits von sich aus einem Nachhaltigkeitskonzept entsprechen, erscheint fraglich. Auch eine Anleitung von Bürgerbeteiligungsprozessen durch die Politik hin zur Integration eines fundierten Nachhaltigkeitskonzepts bedarf des Vorhandenseins eines solchen in der Politik.

2.5. Zuständigkeitsübertragung und Gemeindeautonomie

Hinsichtlich zukünftiger Ausweitung der Gemeindeautonomie ist darauf hinzuweisen, dass sich die Gemeindeautonomie nur verstärken würde, wenn nicht nur Aufgaben, sondern Kompetenzen im Sinne von Gestaltungsmöglichkeiten an die Gemeinden weitergereicht werden. Zentrales Hindernis für die Übernahme weiterer Kompetenzen ist stets erhöhter Personal- und Finanzbedarf. Insofern die ländliche Entwicklung auf verschiedenen Ebenen stattfindet und die verschiedenen Instrumente den Ebenen angepasst sind, lässt sich im Rahmen dieser Untersuchung kein direkter Bedarf nach Ausweitung der Gemeindeautonomie aus dem Stand der ländlichen Entwicklung ableiten.

Betrachtet man die Übertragung von politischer Zuständigkeit, sozusagen politischer Gestaltungskompetenz, aus der Perspektive des Konzepts Zentrum – Peripherie, so bedeutet diese, sofern sie von der übergeordneten Ebene an untergeordnete Ebenen verläuft, stets eine Verschiebung hin zu einem weniger peripheren Charakter. Bezogen auf politische Gestaltungsmöglichkeiten ist dies aus der Sicht der untergeordneten Ebene ein grundlegend positiver Aspekt, da sich so Gestaltung ländlicher Entwicklung potenziell stärker an lokalen oder regionalen Bedürfnissen orientieren kann – ein Ziel, das sich beispielsweise auch im LEADER-Programm widerspiegelt.

Mit der sprachlich-kulturellen Eigenartigkeit steht der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein verfassungsmäßig anerkanntes Argument für Eigenständigkeit zur Verfügung, wie es anderen (vergleichbar kleinen und größeren) Regionen fehlt. Insofern bieten die historischen Bedingungen, die die Deutschsprachige Gemeinschaft überhaupt erst haben entstehen lassen, im Kontext der politisch-historischen Entwicklung Belgiens eine besondere Chance für die Kleinregion.

Es ist zu betonen, dass eine Kompetenzübertragung von anderen Ebenen an die Deutschsprachige Gemeinschaft keinen direkten Einfluss auf die Gemeindeautonomie hat, sofern Kompetenzen nicht nach unten weitergereicht werden, also an die Gemeinden. Indirekt könnte eine Kompetenzübertragung jedoch zu besserer

Einbeziehung der Gemeinden führen, da das Gewicht der Gemeinden im politischen Aushandlungsprozess gegenüber der Deutschsprachigen Gemeinschaft größer ist als gegenüber einer auf ein größeres Gebiet bezogenen Ebene. Dies gilt sowohl für die neun Gemeinden zusammen als auch für die einzelne Gemeinde, deren Gewicht als eine unter neun größer ist als eine unter einer größeren Zahl von Gemeinden.

Gleichzeitig ist zu beachten, dass die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Entwicklungsdynamiken im Norden und Süden potenziell eine zunehmende Peripherisierung des Südens bedeuten, die durch eine Kompetenzübertragung an die Deutschsprachige Gemeinschaft, an Eupen, noch verstärkt werden könnte. Zur Erläuterung: Verstärkt sich die Zentrumsnatur Eupens wird die politische und räumliche Nähe bedeutsamer und Unterschiede innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden verstärkt.

Hinsichtlich der Herausbildung von Zentren muss auch beachtet werden, welche Zentralisierungstendenzen innerhalb der Teilregionen Nord und Süd sowie innerhalb der Gemeinden ablaufen. Zentralisierungstendenzen erhöhen zunehmend die Bedeutung von Mobilität und ein Entgegenwirken gegen solche Tendenzen ist voraussichtlich aufwendig.

2.6. Interkommunale Kooperation

Bezüglich des Kontakts, den die Bürgermeister im Kontext der ländlichen Entwicklung untereinander halten, zeigte sich, dass der allgemeine Austausch stärker im Rahmen der geografischen Inseln stattfindet als übergreifend. Das ist angesichts der räumlichen Trennung auch wenig verwunderlich. Entsprechend der Natur Ostbelgiens als Grenzregion verfügen die Bürgermeister auch über mehr oder minder ausgeweitete Kontakte zu Amtskollegen jenseits der Innen- und Außengrenzen Belgiens. Die Interviews haben auf ein zunehmendes Bewusstsein für die Bedeutung von Kooperation hingedeutet, um strukturellen Problemen zu begegnen.

Auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es bereits Beispiele für verschiedene Kooperationen über die inner- und außerbelgischen Grenzen hinweg. Theoretisch sollten sich Kooperationen innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft generell einfacher gestalten als über die innerbelgische Grenze hinweg und diese wiederum als jene über die äußeren Grenzen Belgiens hinweg, da jeweils die Regelungsübereinstimmung erwartbar höher ist. Faktisch kann jedoch die Schwierigkeit von Kooperationen stark vom betreffenden Sektor abhängen. Auch ist anzunehmen, dass mit zunehmender Kompetenzübertragung die Regelungsübereinstimmung zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Rest der Wallonischen Region sinkt.

Als weiteres Hindernis stehen Kooperationen vor allem unterschiedliche Bedarfe in den Gemeinden gegenüber. Außerdem bedeuten Kooperationen eine Einschränkung der Gemeindeautonomie, da Kooperationen selbstbestimmte Gestaltung einengen, auch wenn sie gleichzeitig Umsetzungsspielräume vergrößern.

Aus der Perspektive der Gemeindeautonomie kann die Deutschsprachige Gemeinschaft Kooperationen anregen und koordinieren sowie den Gemeinden vermittelnd zur Seite stehen, sie sollte jedoch Kooperationen stets auf freiwilliger Basis anregen. Offenbar verfügen hier die Gemeinden auch über ein gewisses Potenzial zur Selbstorganisation.

2.7. WFG

Außerdem verfügt die Region mit der WFG bereits über eine regionalbasierte Organisation mit Expertise im Bereich der ländlichen Entwicklung (sowie Regionalentwicklung), deren Funktion eine Basis für einen weiteren Ausbau der regionalen Kompetenz und des Engagements in diesem Bereich bilden kann.

2.8. Zuständigkeitsverteilung

Eine Übertragung von Zuständigkeiten von Region und Provinz an die Deutschsprachige Gemeinschaft kann zu einer Reduzierung der starken (vertikalen) Zuständigkeitsverteilung führen, die für den Föderalstaat typisch ist; eine Erleichterung kann dies dann bedeuten, wenn die vertikale Verteilung nicht wieder durch eine horizontale Verteilung ausgeglichen wird.

3. Fazit und Ausblick

Hinsichtlich der Forschungsfrage lässt sich insgesamt ländliche Entwicklung auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auf mehreren Ebenen ablaufend beschreiben.

Hinsichtlich zentraler Instrumente setzen die KPLeS auf der Gemeindeebene an. Hier haben Gemeinden die größten Gestaltungsspielräume und der Grad der Bürgerbeteiligung ist durch Institutionalisierung am stärksten. Während durch den Gemeindebezug die Einwirkung auf strukturelle, gemeindeübergreifende Probleme eher gering ist, ermöglichen KPLeS dennoch gemeindeintern Impulse zu setzen, die Lebensqualität der Bürger durch Projekte zu erhöhen und durch Bürgerbeteiligung zur Identifikation von Bürgern mit ihrer Gemeinde beizutragen.

Die LAGs tragen durch ihren räumlichen Bezug den strukturellen Unterschieden zwischen Nord und Süd Rechnung und verbinden durch ihren breiten Ansatz länd-

liche und regionale Entwicklung. Das REK ist schon dem Namen nach der Regionalentwicklung zuzuordnen und erhält seinen spezifischen Bezug zur ländlichen Entwicklung eher durch den Charakter der Region, auf die es sich bezieht. Daneben existieren kaum direkte, übergreifende programmatische Ansätze zur ländlichen Entwicklung – ein Dorfwettbewerb kann hier allenfalls punktuell Impulse geben. Diese spielt sich stattdessen vor allem in der alltäglichen Gemeindepolitik ab, wobei auch hier der Bezug zur ländlichen Entwicklung durch die Charakteristik des Raumes hergestellt wird. Darum rückt die ländliche Entwicklung für die urbaneren Gemeinden in den Hintergrund. Insofern besteht für die primär ländlichen Räume eine weitgehende Abdeckung auf mehreren Ebenen, auf denen ländliche Entwicklung gestaltet wird.

Neben der Mehrzahl von Ebenen ist auch auf die Vielzahl an Akteuren zu verweisen: In den Gemeinden werden vor allem Vereine wahrgenommen, in einer indirekten Rolle; auf übergeordneter Ebene bringen sich zivilgesellschaftliche Akteure und Interessengruppen in die LAGs ein. Durch den Charakter ländlicher Entwicklung als Querschnittsfeld sind Akteure verschiedenster Felder auch in der ländlichen Entwicklung aktiv. Als beauftragter Akteur steht mit der WFG eine regionalbasierte Organisation zur Verfügung, die über vor Ort gewachsene und regionalbezogene Fachkompetenz verfügt, womit die Region unabhängiger von ihrem Umfeld ist. Diese spielt bereits eine wichtige Rolle, bei der auch noch Ausbaupotenzial besteht.

Besonders bei stark durch Bürgerbeteiligung gelenkten Prozessen ist die Orientierung von ländlicher Entwicklung am Konzept der Nachhaltigkeit weitgehend durch das bestehende Nachhaltigkeitsdenken der Bürger bestimmt. Dies muss bei der Zielsetzung nachhaltiger ländlicher Entwicklung bedacht werden.

Die Grenzlage der Region bedeutet, dass ländliche Entwicklung dabei verstärkt in einem länderübergreifenden Rahmen gesehen werden muss, da grenzüberschreitende Kooperationen für Grenzgemeinden besonders wichtig sind. Dabei ist zu beachten, dass zwischen verschiedenen Ländern oft größere Regelungsunterschiede bestehen, wenn auch geografische und (teils damit zusammenhängende) sozioökonomische Bedingungen auf beiden Seiten der Grenze sehr ähnlich sein können. Insofern sollte ländliche Entwicklung auch überregional gedacht werden, wofür mit verschiedenen grenzüberschreitenden Kooperationen auch Foren zur Verfügung stehen, auch wenn diese sich nicht alle spezifisch auf den ländlichen Raum beziehen.

Gerade im Hinblick auf die konkrete Gestaltung der ländlichen Entwicklung in Form der Instrumente bestehen weitere Forschungspotenziale, etwa hinsichtlich der Ausgestaltung und Wirkung der konkreten Bürgerbeteiligung vor Ort. Tiefer-

gehende Untersuchungen könnten auch primär vom Bürger ausgehende Initiativen näher in den Blick nehmen, die möglicherweise großes Potenzial in sich bergen, auch da die Aktivierung der Bürger einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung ländlicher Entwicklung leisten kann. Aus politikwissenschaftlicher Sicht wäre auch die nähere Untersuchung des Zusammenspiels von Gemeindepolitik und Bürgern interessant, besonders hinsichtlich der Reaktion der Politik auf die Herausforderungen, die Bürgerbeteiligung mit sich bringt. Insofern birgt ländliche Entwicklung auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch weitere Forschungspotenziale.

VI. Fazit

Mit seinem gesellschaftspolitischen Thema hat sich der Ausschuss auf eine politische Reise begeben, bei der zunächst große gesellschaftliche Fragen im Raum standen: Wird es weiter Wirtschaftswachstum geben? Welche Folgen werden schrumpfendes Wachstum bzw. ein Wachstumsstopp auf die Beschäftigung haben?

In einer ersten Phase haben N. Nicoll und P. De Keyzer aus der Perspektive des Wachstumskritikers bzw. des Wachstumsbefürworters Antworten und Lösungsansätze präsentiert.

Unabhängig von der Tatsache, ob man sich eher in den Ideen der Postwachstumsökonomie – d. h. einer Wirtschaft, die ohne Wachstum des BIP über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt – wiederfindet oder ein klassisches Wirtschaftssystem vertritt, das auf neuen Wachstumsmotoren wie Innovation und Forschung beruht, erscheint eine ressourcenschonende Wirtschaft aufgrund der Knappheit der Ressourcen und der Umweltverschmutzung als oberste Notwendigkeit.

Nur, wie kann Wohlstand gewahrt werden, wenn die Wirtschaft nicht mehr auf Produktivitätssteigerung gerichtet ist? Die Antwort auf diese Frage ist alles andere als einfach. Lösungsansätze müssten dann sowohl auf makroökonomischer als auch auf mikroökonomischer Ebene entwickelt werden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist eindeutig auf der Mikroebene zu situieren. Der Ausschuss hat sich deshalb bei seinen Arbeiten auf regionale Aspekte fokussiert.

In den Anhörungen, Tagungen und Diskussionen wurden verschiedene Lösungsansätze präsentiert: die Einführung bzw. Unterstützung von Lokalwährungen, die Umstrukturierung der Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft und die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und des ländlichen Raumes als Ganzes.

Gerade im ländlichen Raum besteht die Chance, durch die Stärkung der lokalen Wirtschaft und Landwirtschaft, Kreise zu schließen und wieder ein Stück der Grundversorgung in die eigenen Hände zu nehmen.

Lokalwährungen

Lokalwährungen – auch Bürgerwährungen genannt – sind von Bürgern initiierte Bewegungen. Wie im Bericht über die Anhörung verschiedener Vertreter von Lokalwährungen beschrieben ist, werden sie mit dem Ziel geschaffen, Geld im regionalen Netzwerk zu verwenden, wirtschaftliche Solidarität zu fördern, gegen Spekulation anzukämpfen, immaterielle lokale Güter aufzuwerten sowie mit nachhaltigem Handeln verknüpfte politische Werte zu vermitteln und zu fördern.

Die hohe Umlaufgeschwindigkeit zeigt, dass Lokalwährungen sehr viel (zum Teil bis zu sieben Mal) schneller getauscht werden als der Euro. Das stellt einen konkreten Mehrwert für die lokale Realwirtschaft dar. Außerdem dienen sie dazu, die Beziehungen zwischen Erzeugern, Vertreibern und Verbrauchern herzustellen und die Kreisläufe zu schließen. Zudem können Lokalwährungen als Bildungsinstrument verstanden werden, weil sie die Bürger dazu anregen, über Konsum, Wert und Währung nachzudenken.

Welche Rolle kann die öffentliche Hand übernehmen? Die Politik kann die privaten Initiativen vor allem auf einer nachgeordneten Ebene unterstützen.

Behörden können z. B. einen Teil der Sitzungsgelder in Lokalwährung ausgeben (der Lohn darf aus rechtlichen Gründen nicht in Lokalwährung ausgezahlt werden), sie können Zuschüsse (zum Teil) in Lokalwährungen auszahlen und sie können selbst die Lokalwährung (z. B. für eine Saalmiete) annehmen. Zudem können sie Arbeitskräfte für die VoGs freistellen, die Initiativen finanziell oder materiell durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten unterstützen etc.

Derzeit gibt es keine von Bürgern initiierte Lokalwährung auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wenn eine derartige Initiative in der Zukunft entsteht, sollte die Politik ein offenes Ohr für ihre Belange haben und sie wohlwollend unterstützen.

Kreislaufwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft wird als ein Modell gesehen, Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit zu kombinieren. Sie bietet die Chance, „Verschwendung und Abfälle sowohl in den Unternehmen als auch in den Haushalten erheblich zu verringern und gleichzeitig Produktivitätsgewinne und das allmähliche Entstehen eines neuen Wirtschaftsmodells zu erreichen, die Dienstleistungen, Arbeitsplätze, Gewinne, nachhaltiges und verantwortungsvolles Wachstum in Verbindung mit

mehr Umweltschutz nach sich ziehen“.³ Außerdem zeigt sie, dass Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung nicht notwendigerweise gegensätzliche Modelle sind, sondern sich sogar gegenseitig stärken können.

Wie kann die Deutschsprachige Gemeinschaft, die nicht für Wirtschaft zuständig ist, die Kreislaufwirtschaft fördern? Der Weg bis zur Kreislaufwirtschaft ist noch weit, kann aber durch kleine Schritte geebnet werden. Diese Schritte können auch die Gemeinschaft, die Gemeinden, Unternehmen oder Bürger machen. Es gilt, für die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft sensibilisiert zu sein und vor allem die Kreislaufwirtschaft und ihre Prinzipien bekannter zu machen.

Insofern kann die Deutschsprachige Gemeinschaft durchaus Informations- und Sensibilisierungsarbeit bei Unternehmen und Bürgern betreiben, sie kann Initiativen und Projekte zur Kreislaufwirtschaft unterstützen und insbesondere kann sie prüfen, inwiefern die öffentlichen Dienste und die Gemeinden die Kriterien der Kreislaufwirtschaft in ihren Strukturen und Aufgaben umsetzen können.

Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und des ländlichen Raums

Kommen wir nun zum dritten und umfassendsten Aspekt dieses Fazits. Durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe können Arbeitsplätze vor Ort – vor allem in der Landwirtschaft und in kleinen und mittleren Betrieben – gesichert werden und somit auch die Identität mit der Region gefördert werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe bedeuten kurze Wege und schonen somit die Natur und schaffen Vertrauen zwischen Erzeugern und Verbrauchern.

Ostbelgien ist mit einem Fachkräftemangel konfrontiert. Wie können gleichzeitig hiesige Unternehmen gestärkt, Arbeitsplätze gesichert und Fachkräfte gehalten bzw. angezogen werden? Hier kommt das Stichwort „weiche Standortfaktoren“ ins Spiel.

Investitionen in folgende weiche Standortfaktoren erscheinen notwendig: Internetausbau im ländlichen Raum, Förderung der Mehrsprachigkeit, Sicherung des Niveaus bzw. Verbesserung der Schul- und dualen Ausbildung, Bekämpfung des Lehrermangels, Halten bzw. Ausbau der nebenschulischen Angebote, Halten bzw. Ausbau des Angebots an kulturellen Aktivitäten sowie Förderung von bezahlbarem Wohnraum.

³ Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) zum Thema Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft in der Großregion.

All dies sind Faktoren, die dazu beitragen können, Menschen an Ostbelgien zu binden und neue anzuziehen. Das Beispiel der Gemeinde Beckerich in Luxemburg zeigt zudem, dass die Profilierung einer Region dazu beitragen kann, dass sich die Bevölkerung stärker mit ihr identifiziert und neue Betriebe und Selbstständige angezogen werden. Beckerich hat sich als Energie-Gemeinde positioniert und somit einen Markt für Selbstständige und Unternehmen im Energiebereich geschaffen.

Die Investition in weiche Standortfaktoren fördert natürlich auch den ländlichen Raum an sich. Die Masterarbeit von J. Zegel hat nochmals aufgezeigt, dass ländliche Räume meist an einer Infrastrukturschwäche leiden. Investitionen in schulische, sportliche, kulturelle, soziale, aber auch wirtschaftliche Infrastrukturen in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind wesentlich, um alle Gemeinden zukunftsfähig zu gestalten und nicht das Gefühl entstehen zu lassen, dass ländlichere Gemeinden abgehängt werden.

In Bezug auf Regionalität und Nachhaltigkeit sind öffentliche Investitionen in nachhaltige Energien hervorzuheben. In der Tat kann die öffentliche Hand den Weg weisen und in Solaranlagen, Biogasanlagen, Elektromobilität etc. investieren. Dies schafft Anreize für Privatunternehmen und Bürger.

In diesem Zusammenhang ist der European Energy Award zu nennen, der dem Ausschuss in Luxemburg vorgestellt wurde und an dem sich europaweit rund 1.5000 Gemeinden beteiligen. Eine Umsetzung in Belgien wird derzeit angedacht und ein Pilotprojekt läuft in sechs flämischen und in sechs wallonischen Gemeinden. Eine Umsetzung belgienweit und vor allem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist anzustreben, da der Award Anreize für Gemeinden schafft, Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes umzusetzen.

Ausblick

Beim Lesen dieser Schlussfolgerungen stellt sich vielleicht die Frage: Wo sind die neuen Erkenntnisse? Es wird doch bereits viel dafür getan, die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Gemeinden als attraktiven Lebensraum zu gestalten und für die Zukunft zu wappnen.

In der Tat formuliert das Regionale Entwicklungskonzept eine Zukunftsvision für die Deutschsprachige Gemeinschaft als Grenzregion, Wirtschaftsregion, Bildungsregion, Solidarregion und Lebensregion.

Bei seinen Arbeiten ist der Ausschuss neuen wie bekannten Konzepten begegnet, die es umzusetzen gilt. Unter den neuen ist vor allem die Kreislaufwirtschaft zu

nennen. Unter den bekannten ist das Stichwort Bürgerbeteiligung hervorzuheben. Bürgerinitiativen – ob nun Lokalwährungen oder andere – sind meist auf einen geografischen Raum begrenzt und zielen auf die Förderung dieses Raumes ab. Insofern erscheint eine institutionalisierte Bürgerbeteiligung – z. B. in Form von KPLE und LEADER –, aber auch die Unterstützung von freien Bürgerbewegungen als eine Prämisse künftiger Politik – in egal welchen Bereichen.

Die Übernahme von Zuständigkeiten in den Bereichen Energie, Raumordnung und Wohnungswesen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft im Frühjahr 2019 kann als ein weiterer wichtiger Baustein betrachtet werden, um auf die Herausforderungen im Energiebereich und im ländlichen Raum zu reagieren. Manche sprechen sich in diesem Zusammenhang auch für die Übernahme der Zuständigkeit der Politik der ländlichen Entwicklung aus. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Gemeinden bereits jetzt (und ohne weitere Zuständigkeitsübertragung) zahlreiche Instrumente zur Verfügung haben, um den ländlichen Raum zukunftsfähig zu gestalten. Kreative und innovative Ideen können durch öffentliche Projekte, aber auch durch die Unterstützung von Bürgerinitiativen umgesetzt werden.



Zusammensetzung des Ausschusses II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung

Während der Arbeiten zum gesellschaftspolitischen Thema setzte sich der Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Marcel STROUGMAYER (SP)
Christoph GENTGES (PFF) (bis 19. September 2016)

Vizevorsitzende: Patricia CREUTZ-VILVOYE (CSP)

Mitglieder

Für die CSP:	Patricia CREUTZ-VILVOYE Mikro BRAEM (bis 18. April 2018) Patrick KNOPS (ab 23. April 2018)
Für ProDG:	Freddy CREMER Friedhelm WIRTZ (bis 18. September 2015) Wolfgang REUTER (ab 21. September 2015)
Für die SP:	Louis SIQUET (bis 1. September 2015) Marcel STROUGMAYER (ab 15. Sept. 2015)
Für die PFF:	Christoph GENTGES
Für VIVANT:	Alain MERTES
Für ECOLO:	Alfred MOCKEL (bis 23. Januar 2017) Marc NIESSEN (ab 23. Januar 2017)

Beratende Mandatare:

Für die CSP:	Nicole DE PALMENAER (30. Januar 2017 bis 29. Juni 2018)
Für die SP:	Alfred OSSEMANN
Für ECOLO:	Hans NIESSEN (bis 14. Oktober 2018)

Ausschussbetreuung:
Madeleine ERNST



Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Bisher erschienen:

- Bd. 1: „Small is beautiful“. Aktuelle Entwicklungen in der europäischen Minderheiten-, Kleingliedstaaten- und Grenzregionenforschung. Beiträge zum Kolloquium vom 31. Januar 2014 in Eupen, organisiert im Rahmen des Jubiläumsprogramms „40 Jahre Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ (2015)
- Bd. 2: Welcher Platz für die Deutschsprachige Gemeinschaft im föderalen Belgien? Beiträge zum Kolloquium vom 12. März 2015 im Plenarsaal des Senats in Brüssel (2016) – vergriffen –
- Bd. 3: Die Besonderheiten des belgischen Bundesstaatsmodells und ihre Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Beiträge zum Kolloquium vom 16. September 2016 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (2017)
- Bd. 4: Gesundheitspräventions- und Gesundheitsförderungspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen. Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses IV für Gesundheit und Soziales des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (2017)
- Bd. 5: Die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der deutschen Sprache in Belgien. Beiträge zu den Akademischen Sitzungen vom 27. November und 18. Dezember 2015 im Plenarsaal des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (2018)
- Bd. 6: Les services d'urgence et leurs patients. Première édition du *Heidberg Think Tank. Ideenforum Ostbelgien* 2015 (2018)
- Bd. 7: Was ist gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert? Blick auf das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (2018)
- Bd. 8: Sparpolitik und Investitionskapazität. Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (2018)
- Bd. 9: Mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019. Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext. Beiträge zum Kolloquium vom 13. April 2018 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (2019)
- Bd. 10: Les frontières de l'école. Défis du présent et du futur – Die Grenzen der Schule. Herausforderungen von heute und morgen. *Heidberg Think Tank Ideenforum Ostbelgien*

Bd. 11: Der nichtkommerzielle Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Fokus auf die Solidarwirtschaft. Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses IV für Gesundheit und Soziales des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (2019)

Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Platz des Parlaments 1 • B-4700 Eupen

Unsere Titel sind auch online einsehbar: www.pdg.be